„Vom Heim nach Hause"

Veränderungen wagen, Visionen gestalten: Mittendrin ist näher dran

Fachtagung des
Sozialwerks St. Georg
am 9. September 2009
in der Stadthalle Olpe

Sozialwerk
St.Georg e.V.

Dokumentation

„Vom Heim nach Hause“

Veränderungen wagen, Visionen gestalten: Mittendrin ist näher dran

Fachtagung des Sozialwerks St. Georg am 9.9.2009 in Olpe

Inhalt

Einladung des Sozialwerks St. Georg e. V. 5

Zusammenfassung/Bericht im EinBlick, Mitarbeiterzeitung des Sozialwerks St. Georg 6

Zielvereinbarung mit der Aktion Mensch – Bericht in der Sozialcourage „Nah dran" 8

Begrüßung – Dieter Czogalla, Vorstandssprecher des Sozialwerks St. Georg 9

Vorträge

Norbert Bruchhausen:
„Warum die Aktion Mensch die Umwandlung von Groß- und Komplexeinrichtungen in differenzierte gemeindenahe Wohnangebote fördert" **12**

Theodorus Maas:
Abriss, Umwandlung, Neuaufbau – Organisatorische und bauliche Veränderungsprozesse, die sich aus der Neuorientierung ergeben am Beispiel der Evangelischen Stiftung Alsterdorf **15**

Arno Fuhrmann:
Wenn der Arbeitsplatz sich grundlegend verändert – Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umwandlungsprozess am Beispiel der Alexianer Krankenhaus Münster GmbH **22**

Gabi Oberliesen-Rickert:
Wohne ich nur oder lebe ich auch? „Jeannie": Mittendrin ist näher dran – aber auch risikoreich
Ein Bericht über eine Klientin des Sozialwerks St. Georg mit psychischer Behinderung **27**

Ingrid Hamel-Weber:
Wohne ich nur oder lebe ich auch? „Herr W.": Der lange Weg zu mehr Selbstbestimmung
Ein Bericht über einen Klienten des Sozialwerks St. Georg mit geistiger Behinderung **30**

Zeit für persönlichen Austausch **33**

Podiumsdiskussion

„Menschen statt Steine" – oder wohin sich die Förderung der Eingliederungshilfe künftig bewegen sollte
Gespräch mit Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner, Gitta Bernshausen, Theodorus Maas und Friedhelm Hoffmann
Moderation: Monika Stich **34**

Fachtagung im Fokus – Interviews und Reflexionen von Menschen mit Behinderung

„Zu Hause" – Eine Radiosendung von Klientinnen und Klienten des Diakonischen Bildungsinstitutes Johannes Falk in Eisenach auf der Grundlage von Interviews mit Teilnehmenden der Tagung **44**

Einladung

„Vom Heim nach Hause“ – Veränderungen wagen, Visionen gestalten: Mittendrin ist näher dran

Unter diesem Leitmotiv laden wir Sie herzlich ein, am 9. September 2009 an unserer Fachtagung in der Stadthalle Olpe teilzunehmen, die wir in Zusammenarbeit mit der Aktion Mensch veranstalten.

Ausschlaggebend für ein selbstbestimmtes Leben ist auch für Menschen mit Behinderung die Möglichkeit, ihre individuell gewünschte Wohn- und damit Lebensform selbst treffen zu können. Mit einer Wohnung innerhalb der Gemeinde wachsen die Anreize, sich gegenseitig kennen zu lernen und Vorurteile abzubauen. Dies sind wichtige Schritte zu einem gleichberechtigten Zusammenleben und zu einem selbstverständlichen gesellschaftlichen Miteinander.

In den vergangenen Jahren hat das Sozialwerk St. Georg für Menschen mit Behinderung kleine überschaubare Wohnangebote innerhalb des städtischen Gefüges geschaffen. Unterstützt wurden wir dabei von der Aktion Mensch, die verschiedene Träger der Behindertenhilfe in diesem Bereich gefördert hat.

Unter dem Motto „Veränderungen wagen, Visionen gestalten: Mittendrin ist näher dran“ beschreiben zehn Referenten und Podiumsgäste die Auswirkungen von Dezentralisierungsprojekten auf die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung, aber auch die damit verbundenen Anforderungen für Mitarbeitende sowie organisatorische und bauliche Rahmenbedingungen.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Czogalla,
Vorstandssprecher Sozialwerk St. Georg

Wolfgang Meyer,
Vorstand Sozialwerk St. Georg

Zusammenfassung

Im Herzen der Gemeinde

„Vom Heim nach Hause“: 150 Besucher verfolgten Fachtagung des Sozialwerks St. Georg über neue Wohnangebote und Integration von Menschen mit Behinderung im städtischen Gefüge

Alleine in die Fußgängerzone zu gehen, selbstständig ein Geschäft aufzusuchen, Kontakte zu den Nachbarn zu knüpfen: Für viele Menschen mit Behinderung ist dies bis heute nicht selbstverständlich. „Die Frage, wie es möglich wird, dass Menschen selbstbestimmt leben können, bewegt uns alle schon seit längerer Zeit“, erklärte Dieter Czogalla, Vorstandssprecher des Sozialwerks St. Georg am Mittwoch bei der Fachtagung „Vom Heim nach Hause – Veränderungen wagen, Visionen gestalten: Mittendrin ist näher dran“, die das Sozialwerk in Zusammenarbeit mit der Aktion Mensch am 9. September 2009 in der Stadthalle Olpe veranstaltete. Ausschlaggebend dafür ist, dass Menschen mit Behinderung ihre individuell gewünschte Wohn- und damit Lebensform selbst wählen können.“

Hintergrund der Tagung war die Entscheidung der Aktion Mensch, verschiedene Träger der Behindertenhilfe dabei zu fördern, große Wohnkomplexe aufzulösen und stattdessen ein möglichst breites Spektrum an Einzel-, Paar- und Gruppenwohnungen oder kleinen Wohnheimen mit höchstens 24 Plätzen innerhalb des städtischen Gefüges anzubieten. Ein Projekt, das auch das Sozialwerk St. Georg in den vergangenen fünf Jahren dazu bewogen hat, seinen bereits beschrittenen Weg weiterzugehen und zusätzliche Wohnangebote an verschiedenen Standorten umzuwandeln.

„Als wir uns 2002 zu dieser Fördermaßnahme entschlossen haben, wussten wir, dass wir einen langen Prozess vor uns haben“, betonte Norbert Bruchhausen, Referatsleiter Basisförderung Aktion Mensch. „Denn der Umwandlungsprozess ist oft aufwändiger und langwieriger als gedacht.“ Dies bestätigte auch Theodorus Maas, Geschäftsführer der alsterdorf assistenz ost gGmbH in Hamburg. „Wenn man

Sprachen über ihre Erfahrungen mit dem Umwandlungsprozess: Die Referenten der Fachtagung.

Menschen mit Behinderung nicht mehr an den Stadtrand in große Wohnkomplexe verbannt, sondern sie in kleinen Wohneinheiten in der Stadt leben lässt, ist es wichtig, auch die Nachbarschaft einzubeziehen und den Klienten zu helfen, eigene Netzwerke zu schaffen“, betonte Maas. „Der Mitarbeiter ist dann nicht mehr in erster Linie Betreuer oder Pfleger, sondern ein Assistent, der dem Klienten bei der Verwirklichung seines Lebenskonzeptes unterstützt.“ Auf diese Weise verändere sich auch das Verhältnis zwischen dem behinderten Menschen und seinem Betreuer. „Sie begegnen sich auf Augenhöhe“, so Maas.

Zu akzeptieren, dass sich ihre Rolle und auch ihr Tätigkeitsfeld verändert, ist für die Mitarbeitenden jedoch nicht immer ganz einfach. „Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Verunsicherung zunächst ziemlich groß war“, sagte Arno Fuhrmann, Referent der Geschäftsführung der Alexianer Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, die 2003 mit der Umwandlung des Wohnbereiches am Alexianer-Krankenhaus in Münster in ein differenziertes System gemeindeintegrierter Wohneinrichtungen begonnen hatte. Inzwischen hätten viele Mitarbeitende jedoch gute Erfahrungen mit der neuen Betreuungspraxis gesammelt.

„Hier war für viele ausschlaggebend, dass die neuen Wohnformen ganz offensichtlich den Klienten zugute kommen."

Wie sehr Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung aufblühen, wenn sie aus der Isolation geholt werden und man ihnen mehr Kompetenzen zutraut, zeigten zwei Mitarbeiterinnen des Sozialwerks St. Georg: Ingrid Hamel-Weber, Bereichsleiterin in Schmallenberg, und Gaby Oberliesen-Rickert, Einrichtungsleiterin in Hamm, wollten die Klientinnen und Klienten selbst zu Wort kommen lassen. Dies gelang ihnen einerseits durch einen Film, in dem ein Klient über seine heutige Lebenssituation sprach und anhand treffender Zitate von zwei Menschen mit Behinderung, die mithilfe von Fotos vorgestellt wurden. Schicksale, die die rund 150 Besucher aus dem Bereich der Behindertenhilfe offenbar sehr berührten. So war der heute 82-jährige „Herr W." früher, obwohl streng verboten, hin und wieder für einige Stunden aus seinem Wohnhaus „ausgebüchst", wollte immer wieder ohne Begleitung in den Spielzeugladen, in dem er sich gerne etwas von seinem Taschengeld kaufte. Inzwischen lebt er in einer kleinen Einrichtung in der Innenstadt, hat Kontakte zu Nachbarn, kann mit seinem Geld haushalten und sich in seiner Umgebung orientieren. „Herr W. hat den Wunsch nach einer eigenständigen Lebensweise früh geäußert – verstanden wurde er jedoch erst viel später", so Hamel-Weber.

Um Menschen mit Behinderung richtig in ihr neues Quartier, in die Nachbarschaft zu integrieren, ist jedoch noch viel

Rund 150 Besucher verfolgten die Vorträge und Diskussionen.

Arbeit und Engagement nötig – darüber waren sich die Referenten bei der abschließenden Podiumsdiskussion einig, die von Monika Stich, Leiterin des Fort- und Weiterbildungszentrums der LWL-Klinik Warstein, moderiert wurde. „Behinderte Menschen können nicht von uns Experten, sondern nur von Bürgern integriert werden", erklärte Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner, emeritierter Professor der Universität Witten-Herdecke und ehemaliger leitender Arzt der Westfälischen Klinik für Psychiatrie in Gütersloh. Ihnen müsse klar sein, dass auch Menschen mit Behinderung zu unserer Kultur gehören, dass sie leben können sollten wie alle anderen auch, sagte der Träger der Ehrennadel des Sozialwerks.

Wie sehr sich die Bemühung um Integration lohnt, bestätigte Friedhelm Hoffmann, Behindertenbeauftragter des Kreises Olpe. „Ich erlebe immer wieder, dass sich Menschen mit Behinderung sehr dafür interessieren, was in ihrem Stadtteil vor sich geht und dass sie auch jede Möglichkeit mitzureden und mitzuentscheiden annehmen." Gitta Bernshausen, Geschäftsführerin des Sozialwerks St. Georg Westfalen-Süd, bekräftigte dies, indem sie erklärte, dass sich die Qualität einer Einrichtung an ihrer Lebendigkeit zeige. Denn „nur wenn die Nachbarn mitwirken, Impulse von beiden Seiten aufgenommen und umgesetzt werden, kann Integration und Teilhabe für Menschen mit Behinderung wirklich gelingen."

Bericht im EinBlick, Mitarbeiterzeitung des Sozialwerks St. Georg.

Zielvereinbarung mit der Aktion Mensch

Autor dieses Textes: Matthias Giffhorn, Leiter des Umwandlungsprojektes des Sozialwerks St. Georg e.V. Er führte als Moderator durch die Fachtagung.

Wer mittendrin wohnt, ist näher dran

Die Aktion Mensch fördert die Umwandlung von Groß- und Komplexeinrichtungen in gemeindenahe Wohnungen – zum Beispiel im Kreis Siegen

Freude über die neuen Wohnmöglichkeiten im Sozialwerk Sankt Georg bei denen, die es angeht!

selbst zu entscheiden, wo und wie ich lebe, ist eine zentrale Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Das gilt für nichtbehinderte genauso wie für behinderte Menschen. Menschen mit Behinderung diese Chance zu geben: Vor allem darum geht es bei den Umwandlungsprojekten innerhalb der Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie, die von der Aktion Mensch gefördert werden (s. Veranstaltungen, S. 31).

Kleine, überschaubare Wohnangebote können die Integration von Menschen mit Behinderung fördern. Mit einer Wohnung innerhalb des städtischen Gefüges wachsen die Anreize, sich gegenseitig kennenzulernen und Vorurteile abzubauen – wichtige Schritte auf dem Weg zu einem gleichberechtigten Zusammenleben und zu einem selbstverständlichen gesellschaftlichen Miteinander.

ORIENTIERUNG AN DEN BEDÜRFNISSEN

Die Konzepte einer Umwandlung von großen Wohneinrichtungen in kleine gemeindeintegrierte Wohnstrukturen orientieren sich an den Interessen der künftigen Nutzer und werden gemeinsam mit ihnen, ihren Angehörigen und den hauptamtlichen Mitarbeitern entwickelt. Wichtigstes Ziel ist es, Wahlmöglichkeiten zu schaffen, um ein möglichst breites Spektrum an Einzel-, Paar- und Gruppenwohnungen oder kleinen Wohnheimen mit höchstens 24 Plätzen bereitstellen zu können.

Mit einem zeitlich befristeten Förderschwerpunkt trägt die Aktion Mensch dazu bei, Wohnangebote in solchen Groß- und Komplexeinrichtungen zunehmend durch neue Betreuungsangebote abzulösen.

Voraussetzung für eine Förderung durch die Aktion Mensch ist die Entwicklung eines Gesamtkonzepts: Die Finanzierungs-, Zeit-, Kosten- und Baupläne sowie ein Nutzungskonzept der Altgebäude müssen dargestellt werden. Das Konzept wird durch den Spitzenverband fachlich beurteilt. Die Aktion Mensch schließt mit der jeweiligen Einrichtung der Behindertenhilfe eine Zielvereinbarung ab, in der verbindlich festgelegt wird, welche bestehenden Wohneinrichtungen zugunsten gemeindenaher Betreuungsangebote verkleinert beziehungsweise aufgegeben werden.

BEISPIEL SOZIALWERK ST. GEORG

Das Sozialwerk St. Georg verfolgt bereits seit Jahren bei der Weiterentwicklung seiner stationären Wohnformen dieses Ziel. Fünf bestehende Wohnhäuser wurden aufgrund ihrer hohen Platzzahlkonzentration aufgelöst. Bereits 2004 begann die Planungs- und Umsetzungsphase. Nach dreijähriger Laufzeit konnten inzwischen die ersten neuen Wohnhäuser fertiggestellt und mehrere alte Standorte aufgegeben werden. Ein Beispiel für das Umwandlungsprojekt des Sozialwerkes St. Georg ist die Auflösung des „Hauses am Wald" in Bad Laasphe. Die besondere Herausforderung bestand darin, dass dort viele stationäre Wohnplätze für Menschen mit psychischer Erkrankung konzentriert waren. Von der Stadt Siegen, dem Zentrum des Kreises, ist Bad Laasphe aber 40 Kilometer entfernt. Die Verteilung stationärer Wohnplätze war also weder nachfrageorientiert noch bedarfsgerecht. Ursprünglich kamen jedoch viele Menschen, die im „Haus am Wald" lebten, aus dem Raum Siegen. Daher war es konsequent, ein neues Wohnangebot in der unmittelbaren Umgebung von Siegen zu realisieren.

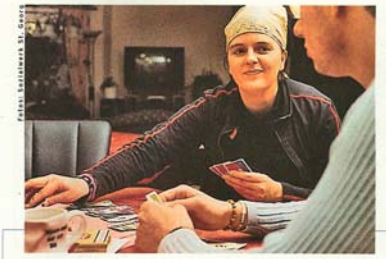
WIE WILL ICH LEBEN?

Die Menschen, die früher im „Haus am Wald" lebten, haben sich mit Unterstützung des Mitarbeiterteams intensiv mit der Frage beschäftigt, wie und wo sie in Zukunft leben wollten. Mit dem im Mai 2006 eröffneten Wohnhaus in Netphen Dreis-Tiefenbach haben heute Menschen aus dem Raum Siegen, die ein stationäres Angebot benötigen, eine heimatnahe Wohnmöglichkeit. Dadurch können ihre bisherigen Lebensbezüge erhalten werden. Andere entschieden sich dafür, den Weg in eine selbstständigere Lebensform zu wagen. So sind sie zum Beispiel in Außenwohngruppen oder Mietwohnungen gezogen.

Umwandlung heißt in jedem Fall Veränderung. Für die Bewohner des „Hauses am Wald" war die Umwandlung auch ein Aufbruch in neue Lebensformen. Für die Großeinrichtung selbst blieb nur der Abriss, da es keine weitere Verwendung für das Gebäude gab. Die Zukunft gehört individuellen gemeindeintegrierten Wohnangeboten.

MATTHIAS GIFFHORN

Infos: www.sozialwerk-st-georg.de,
E-Mail: m.giffhorn@sozialwerk-st-georg.de



Fotos: Sozialwerk St. Georg

Mehr Lebensqualität in kleinen Wohneinheiten für Menschen mit Behinderung. Der Bagger hat ganze Arbeit geleistet. Das Behindertenwohnheim „Haus am Wald" ist Geschichte.

Bericht in der „Sozialcourage – Das Magazin für soziales Handeln" von der Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V., Heft 4, 2007.

Begrüßung

Dieter Czogalla

Vorstandssprecher des Sozialwerks St. Georg

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie der Titel unserer heutigen Fachtagung „Vom Heim nach Hause“ bereits zeigt, möchten wir ein Thema Revue passieren lassen, das uns in den vergangenen Jahren gemeinsam sehr stark bewegt hat.

Das Sozialwerk St. Georg ist ein „Nachkriegskind“ und so ist es uns erspart geblieben, uns als Großeinrichtung auf einer einzigen Fläche, in einem einzigen Ortsteil oder einem ganzen Stadtteil selber zu bilden. Aufgrund unserer „Spätgeburt“ konnten wir von Anfang an auf eine sehr dezentrale Struktur verweisen. Heute erstreckt sich unser Unternehmen auf mehr als 50 Einrichtungen und 25 ambulante Anlaufstellen in Nordrhein-Westfalen. Das Sozialwerk St. Georg betreut gegenwärtig weit über 3.000 Menschen in ambulanten, stationären und in teilstationären Strukturen. Zwei Drittel unserer Klientinnen und Klienten haben eine psychische, ein Drittel eine geistige Behinderung.

Es erfüllt uns mit Stolz, dass es uns gelungen ist, die Qualität der Betreuung in den letzten Jahren nachhaltig zu verbessern: So leben inzwischen rund 88 Prozent unserer Klientinnen und Klienten in einem Einzelzimmer. Mehr als 90 Prozent unserer Bewohnerinnen und Bewohner verfügen über einen zweiten Lebensraum – sei es in externen Tagesstätten, Werkstätten oder ähnlichen Angeboten. Darüber hinaus können wir einen sehr starken Klientenanstieg in dem Bereich des „Betreuten Wohnens“ verzeichnen: Noch vor fünf Jahren hätte ich es nicht für möglich gehalten, dass wir hier einmal 700 Plätze haben würden. Zudem gibt es im Sozialwerk St. Georg 250 stationär angebundene Außenwohnungen, in denen verschiedene Wohnformen möglich sind. Die Menschen leben hier alleine, als Paar oder in Gruppen.

Diese Entwicklung hat uns über Jahrzehnte viel Kraft und Energie gekostet. Dabei ging es vor allem um die Idee, die wir heute diskutieren: Wegzukommen von diesen großen und nicht selten überbelegten Wohnkomplexen hin zu individuellen Lebensformen, in denen man nicht nur wohnt, sondern auch zu Hause sein kann. Das ist ein Punkt, den wir in den letzten Jahren sehr konsequent umgesetzt haben.

„Vom Heim nach Hause“ ist das Thema der heutigen Tagung und ich möchte die Gelegenheit nutzen, unseren Dank an die Aktion Menschen auszusprechen: Sie ist eine der wenigen Organisationen in Deutschland, die es beispielhaft verstanden haben, die Interessenlagen von Menschen mit Behinderung in der deutschen Öffentlichkeit präsent zu machen. Darüber hinaus hat die Aktion Mensch gezeigt, dass sie mit den Mitteln, die sie zur Verfügung stellt, die zentralen Ziele der Selbstbestimmung und Inklusion behinderter Menschen erfüllen will. So hat sie 2002 ein Förderprogramm ins Leben gerufen, um die Umwandlung von großen Wohneinrichtungen in kleine Gemeinde integrierte Wohnstrukturen zu ermöglichen.

Dies war sicherlich die richtige Tat zum richtigen Zeitpunkt. Wenn wir noch ein paar Jahre gewartet hätten, hätten wir es vor dem Hintergrund der Entwicklung der öffentlichen Haushalte noch schwerer gehabt. Wichtig war auch, dass die Politik im Jahr 2002 in die gleiche Richtung marschiert ist.

Das Sozialwerk St. Georg hat im Jahr 2004 eine Zielvereinbarung mit der Aktion Mensch geschlossen. Während einer fünfjährigen Förderzeit haben wir allein in Neu-

Begrüßung

bauten 11,8 Millionen Euro investiert. Dieser Gesamtbetrag wurde von der Aktion Mensch mit etwa 2,1 Millionen Euro gefördert. Ebenso wichtig war die Unterstützung der Aktion Mensch bei der Projektabwicklung: Die Projektförderung für Planungs- und Umsetzungskosten im Rahmen dieser Maßnahme, ergab ein Fördervolumen von 200.000 Euro pro Jahr, also von einer Million Euro insgesamt. Diese Unterstützung war notwendig, um die eben genannten Erfolge zu erzielen.

Wenn wir über das Thema „Vom Heim nach Hause“ sprechen, dürfen wir natürlich nicht nur an Investitionen denken. Wir haben gegenwärtig einen sehr scharfen Paradigmenwechsel vor uns. In dem aktuellen Beschluss der Arbeits- und Sozialministerkonferenz zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung steht eine Forderung, die wir schon seit Jahren unterstützen: Demnach sollen Teilhabeleistungen hin zu personzentrierten Leistungen unter stärkerer Berücksichtigung der individuellen Bedarfe und Beachtung der Selbstbestimmungsrechte der Menschen mit Behinderung entwickelt werden. Als Voraussetzung hierfür sollen insbesondere durchlässige Strukturen der Hilfesysteme

etabliert werden, welche die bestehenden Refinanzierungs- und Investitionskategorien ablösen sollen.

Dieser Sachverhalt wird in den Unternehmen eine Dynamik auslösen, die wir gegenwärtig noch gar nicht genau abschätzen können. Auf jeden Fall müssen die sozialen Träger in Zukunft Konzepte vorlegen, die dem Individualisierungsanspruch personzentrierter und systemischer Arbeit noch gerechter werden. Sie müssen sich fragen, welche Betreuungssituation man herstellen kann, um den individuellen Bedarfen der Klientinnen und Klienten zu entsprechen.

Wenn wir sagen „Vom Heim nach Hause“, gibt es jedoch auch „Entwicklungsbremsen“ durch fehlgeleitete Vorgaben der öffentlichen Hand. Seit wenigen Monaten gilt das Wohn- und Teilhabegesetz - das WTG in Nordrhein-Westfalen. Im Grunde war das ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings differieren hier der politische Wille und der administrative Vollzug sehr deutlich. Ich prophezeie, dass dieses Wohn- und Teilhabegesetz ambulante Strukturen eher behindern als fördern wird. Hintergrund sind die Forderungen einer besonderen Wohnqualität für stationär betreute Menschen. Sie alle wissen, wie schwer es ist, beispielsweise für Gruppen eine Wohnung zu finden. Nicht jeder Vermieter ist bereit, mit jedem einzelnen behinderten Menschen einen Mietvertrag zu machen. Der Vermieter möchte einen sicheren Kandidaten für seine Miete haben und ist deshalb daran interessiert, eine Kooperation mit demjenigen anzustreben, der nachher die ambulante Versorgung bietet. In diesem Moment fällt dieses Betreuungsverhältnis unter die Bestimmungen des WTG – was große Konsequenzen nach sich zieht.

Heute wird im Bauministerium Nordrhein-Westfalen zum Beispiel geprüft, wie man die Brandschutzbestimmungen in angemietetem Wohnraum, wo betreutes Wohnen stattfindet, verschärfen könnte. Können Sie sich vorstellen, was das wiederum für den Vermieter bedeutet? Auf diese Weise wird wieder ein großer Stein zwischen eine Entwicklung geworfen, die mit unserem Dezentralisierungs-

programm eigentlich kleine Einheiten, Probewohnen, Außenwohngruppen, dezentrale Einheiten in Verbindung mit Betreutem Wohnen gewährleisten soll. Es ist daher höchste Zeit, dass unsere Spitzenverbände aktiv werden, um hier möglichst früh Einhalt zu gebieten. Ähnliche Tendenzen sehe ich auch in anderen Bundesländern. So wird eine Entwicklung gefördert, die stationäre Einrichtungen wieder bevorzugt, weil dort alles geregelt ist und der ambulante Bereich nicht zum Zuge kommen wird.

Einen weiteren Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Fragestellung: Welche Strukturen brauchen wir eigentlich, wenn wir dezentralisiert sind? Was brauchen wir im „Betreuten Wohnen“? Kann man einfach sagen: Mein Klient hat jetzt eine Wohnung, ist das nicht wunderbar? Das ist sicherlich nicht genug. Eine der größten Aufgaben der nächsten Jahre wird es sein, Netzwerke zu bilden, Nachbarschaften und Ehrenamtliche zu aktivieren. Wir müssen ein Quartiersbewusstsein schaffen. Nur so wird es uns gelingen, Menschen mit Behinderung in unsere Gemeinschaft zu integrieren. Das geht nicht nur mit Professionalität, sondern das bedarf ganz dringend und ganz verstärkt der Mitwirkung derer, die um den Menschen herum in dem Quartier wohnen. Das ist ein hoher Anspruch, auch weil es manchmal nicht einfach ist, das Verständnis der Nachbarn für diese Aufgabe immer wieder einzufordern. Umso wichtiger ist es, die Nachbarschaften offensiv einzubeziehen und für die Menschen Ansprechpartner zu sein.

Wir müssen aufhören, die Betreuung institutionsbezogen zu denken. Das ist für uns Professionelle besonders anspruchsvoll. Und doch haben wir uns schon auf den Weg begeben. Ein Beispiel dafür hat mich vor einigen Jahren sehr beeindruckt: Wir wurden von der Stiftung Hephata in Mönchengladbach zu einer Abbruchfeier eingeladen. Anstatt – wie sonst üblich – die Einweihung eines neuen Gebäudes zu feiern, hat man hier ein Fest veranstaltet, weil mit dem Abriss des Gebäudes institutionelle Strukturen beerdigt wurden, die Klienten und Mitarbeiter jahrelang eingeengt haben.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine interessante und schöne Tagung.

Herzlichen Dank.

Vorträge

Warum die Aktion Mensch die Umwandlung von Groß- und Komplexeinrichtungen in differenzierte gemeindenahe Wohnangebote fördert

Ein Beitrag von
Norbert Bruchhausen
(Referatsleiter Basisförderung Aktion Mensch e.V., Bonn)

Ausgangslage im Jahr 2002:

➜ **Diskussion um Selbstbestimmung in der Behindertenhilfe**
- Paradigmenwechsel: Menschen mit Behinderung entscheiden orientiert am und integriert im Gemeinwesen selbstbestimmt über ihr Leben.
- Bestimmungen des SGB IX unterstützen Individualrechte

➜ **Wohnen als Problemfeld**
- **Weitreichende Verbesserungen** der Lebens- und Wohnqualität in den letzten Jahrzehnten.
- **Aber:** Die überwiegende Mehrheit der Menschen mit Behinderung, die nicht bei ihrer Familie lebt, wohnt weiterhin in Groß- und Komplexeinrichtungen.
- **Grund:** Vor Ort fehlen bedarfsgerechte Wohnformen einschließlich ambulanter Wohnangebote.
- **Folge:** Alternativen zum Angebot in den Groß- und Komplexeinrichtungen stehen nicht im notwendigen Umfang zur Verfügung, es gibt zu wenig oder keine Wahlmöglichkeit im Bereich Wohnen.

➜ **Umstrukturierungsbedarf Groß- und Komplexeinrichtungen**
- Diskussion in den Fachverbänden wie CBP und BeB.
- Träger streben wegen Paradigmenwechsel Änderungen an, sehen Veränderungsbedarf.
  – Zum Beispiel lebten mehr als 20 Prozent der Menschen mit Behinderung in Zimmern mit mindestens drei Betten.
- **Aber:** Spielraum für weitreichende Neuerungen, d.h. einer räumlichen und konzeptionellen Umstrukturierung, ist wegen budgetierter Leistungsentgelte eingeschränkt und mit wirtschaftlichen Risiken behaftet.

Entscheidungen 2002:

➜ **Beschluss eines zeitlich befristeten Förderprogramms, um …**
- die Individualrechte von Menschen mit Behinderung zu stärken, indem mehr Wahlmöglichkeiten im Bereich Wohnen geschaffen werden.
- Träger zu ermutigen, Dezentralisierungskonzepte zu entwickeln und umzusetzen.
- Groß- und Komplexeinrichtungen ganz oder teilweise zu dezentralisieren und mehr kleine gemeindeintegrierte Wohnformen zu schaffen sowie flankierend ambulante Unterstützungsangebote aufzubauen.

Förderprogramm: „Umwandlung von Groß- und Komplexeinrichtungen“

➜ **Ziel:** Ablösung von Groß- und Komplexeinrichtungen durch gemeindeintegrierte Betreuungsangebote

➜ **Dauer:**

- bis zehn Jahre, teilweise bis fünf Jahre
- Leitantrag zu stellen bis 31.12.2010
- Die Frist bis zum 31.12. 2010 gilt jedoch nur für den Grundantrag: Bis zu zehn Jahre nach Bewilligung (je nach Projektdauer) können noch Folgeanträge gestellt werden.

➜ **Grundantrag und Zielvereinbarung**

- Nach dem Einreichen des Grundantrags, wird mit dem einzelnen Träger eine Zielvereinbarung in Form eines Vertrages geschlossen
  - Hier wird genau festgehalten, wie das Konzept des Trägers im Einzelnen aussieht und wie viele Plätze er an welchem Standort abbauen will.
  - Abweichungen in der Umsetzung werden toleriert, wenn sie begründbar und sinnvoll sind.
  - Nur eines **darf nicht unterschritten** werden: Die festgelegte Zahl der **abzubauenden Plätze.**

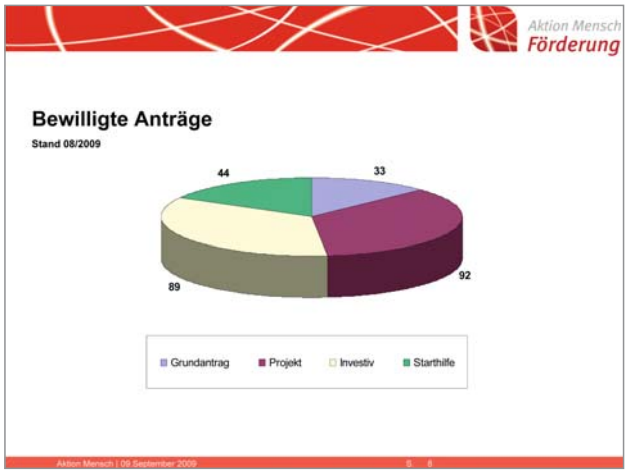
➜ **Säulen der Förderung:**

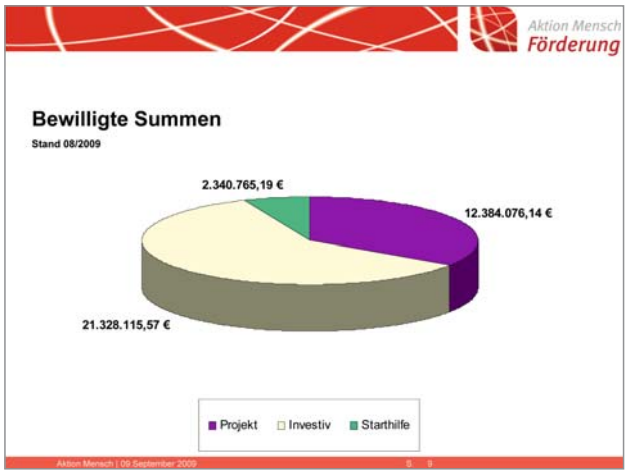
- **Projektförderung** unterstützt die Arbeit der Menschen, die das Umwandlungsprojekt umsetzen für maximal fünf Jahre. Dahinter steht die Überzeugung, dass dieser Prozess aktiv begleitet und vorangetrieben werden muss.
- **Investitionen** unterstützen die einzelnen Projekte zur Schaffung von differenzierten, gemeindeintegrierten kleinen Wohnmöglichkeiten. Hier sollten die Träger auch über Mietlösungen nachdenken, um flexibel zu bleiben – schließlich weiß keiner, wie der Bedarf in zehn Jahren aussieht.
- **Starthilfen für ambulante Dienste** sollen helfen, Strukturen für ambulantes Wohnen aufzubauen und Beratungsdienste vor Ort zu etablieren.

➜ **Erläuterungen:**

- Antragssteller waren bisher vor allem die Caritas und das Diakonische Werk.
- Die meisten Anträge kamen aus Nordrhein-Westfalen
- Dagegen hat es aus den neuen Bundesländern bisher keine Anträge gegeben.

Vorträge





Zwischenstand 2009:

➜ Aufgetretene Probleme

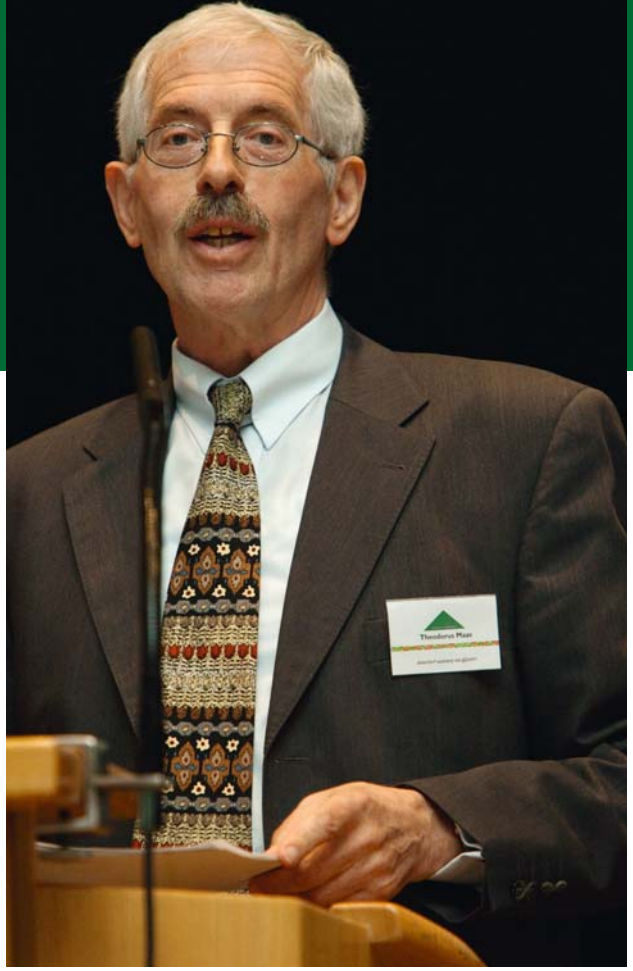
- Vorbehalte der Angehörigen, gesetzlichen Betreuer gegenüber ambulanten Angeboten (keine Vollversorgung mehr).
- Widerstände von Mitarbeitern (Arbeitsplatz ändert sich)
- Aufwand der Vorbereitung zur Einbindung von Wohnangeboten in die Gemeinde unterschätzt.
- Prozess der Umwandlung dauert länger als geplant (die auf fünf Jahre projektierten Konzepte sind fast alle verlängert worden).
- Einzelne Sozialhilfeträger tun sich schwer mit einzelnen Umsetzungsschritten.

➜ Positives Fazit

- Intensive Umwandlungsprozesse sind (nach etwa 1 bis 2 Jahren Anlaufzeit) in Gang gekommen.
- Förderspektrum (Projekt-, Starthilfe-, Investitionsförderung) trifft den Bedarf.
- Für das Programm eingeführte Richtlinienänderungen haben sich bewährt (Erweiterung Starthilfe für Ambulant Betreutes Wohnen, Einführung der Personalförderung für das Projektteam, bis 40 % Förderung für kleine neue Wohneinrichtungen, 24-Plätze-Regelung).
- Teil-(Dezentralisierung) positiv bis sehr positiv bewertet, viele neue Impulse, hohe Dynamik in den Einrichtungen

Abriss, Umwandlung und Neuaufbau

am Beispiel der Evangelischen Stiftung Alsterdorf in Hamburg



Ein Beitrag von

Theodorus Mass

(Geschäftsführer alsterdorfer assistenz ost gGmbH, Hamburg)

Der Vortrag gliedert sich in drei Teile:

1. Was bedeuten Community Care (CC) und Community Living (CL)?
2. Wie sind wir in der Evangelischen Stiftung Alsterdorf in den zurückliegenden 10 Jahren mit dem Thema/ der Bewegung umgegangen und welchen Einfluss hatte dies auf die Behindertenhilfe hier?
3. Bestandsaufnahme: Welche Bedeutung hat die Bewegung CC/CL auf die Behindertenhilfe insgesamt? Welche realistischen Perspektiven bietet diese Bewegung?

1. Was heißt CC oder CL?

Begriffsbestimmung
„community care"

„Bezeichnung der Art von sozialen Dienstleistungen, die im Gemeinwesen entwickelt werden und dort angesiedelt sind, im Gegensatz zu den Dienstleistungen in Einrichtungen (Langzeiteinrichtungen oder andere Sammeldienste, die vom Gemeinwesen getrennt sind)"

Definition TIZZARD Institut der Universität Kent

Evangelische Stiftung Alsterdorf
Vorstand September 2009

Begriffsbestimmung
„community living"

„Um ihre Rechte und volle Teilhabe an der Gesellschaft wahrzunehmen, brauchen Menschen mit Behinderung Zugang zu umfassenden Qualitätsdienstleistungen mit Sitz in der Gemeinde. Das bedeutet, unabhängig in der Gemeinde zu leben, in kleinen Wohneinheiten oder alleine, mit passgenauer Unterstützung, die auf den Bedürfnissen des Einzelnen aufsetzt. Es bedeutet auch, Zugang zu haben zu Bildung und Beschäftigung, sowie zum sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinde. Das heißt, Wahlmöglichkeiten zu haben und in Würde zu leben."

Definition Europäische Koalition für Community Living

Evangelische Stiftung Alsterdorf
Vorstand September 2009

Die Begriffsbestimmungen zeigen deutlich, dass hier die Rede von der Community ist, in der wir alle Mitglied sind. Ziel ist es somit, dass Menschen mit Behinderung in keiner Sonderwelt, sondern in unserer Gesellschaft leben – in unserer Nachbarschaft, in unserem Viertel. Konsequenterweise soll es für sie auch keine Sondermaßnahme der Care, der Fürsorge geben: Was für alle gilt hinsichtlich Wohnen, Beschäftigung, Bildung und Kultur in den Gemeinwesen – das muss auch für Menschen mit Behinderung gelten und für sie zugänglich sein. Daraus ergibt sich auch die Art der Care, wie sie auf der Internetseite der „Koalition für Community Living" beschrieben ist: Sie ermöglicht einen gleichberechtigten Zugang zu Qualitätsdienstleistungen des Gemeinwesens und garantiert auf der Grundlage der

Vorträge

Bürgerrechte und der sozialen Inklusion die Einbeziehung der Menschen mit Behinderung, wenn es um die Planung, Gewährung und Überarbeitung ihrer Dienstleistungen geht.

Doch wer ist verantwortlich für die Care in den Gemeinwesen? Wer gewährleistet diese? Die Antwort scheint auf der Hand zu liegen: letztinstanzlich sind es die kommunalen sozialen Dienste. Dies gilt für alle Menschen in einem Gemeinwesen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Gleichzeitig klingt jedoch ein viel weitreichender Aspekt an: das, was Care auch ist, nämlich sich kümmern, sich sorgen – das kann man nicht den sozialen Diensten und auch nicht den sozialen Profis überlassen: das ist unser aller Geschäft als Bürger.

In einem EU-Projekt zu diesem Thema Community Care mit dem Titel „Bürger, uneingeschränkt und unbehindert", an dem die Evangelische Stiftung Alsterdorf als Partnerin beteiligt gewesen ist, wurden **vier Grundannahmen** formuliert, die ein **umfangreicheres Verständnis von Community Care** ermöglichen und für die Beteiligten des Projektes zum Wesen der Bewegung Community Care gehören. Aus diesen lassen sich Konsequenzen ableiten, mit denen man Entwicklungen beurteilen kann – sei es nun hinsichtlich der eigenen Arbeitssituation, der Lage der Menschen mit Behinderung insgesamt oder auch bezüglich der Frage der fortschreitenden Gesetzgebung, wenn es zum Beispiel um neue Leistungsgesetze geht.

Diese vier Grundannahmen lauten:

1. Menschen mit Behinderung sind in erster Linie Bürger, die genau wie andere Bürger in dieser Gesellschaft geboren sind
2. Ausgangspunkte sind Selbstbestimmung und Kontrolle über das eigene Leben
3. Unterstützung wird geboten, wo diese nötig ist, und gerichtet auf die Stärkung der gesellschaftlichen Position von Menschen mit Behinderung
4. Die Gesellschaft muss vorbereitet und zugänglich gemacht werden als Bedingung für die Idee des Bürgers – uneingeschränkt und unbehindert

Die Konsequenzen für Menschen mit Behinderung aus diesen Grundannahmen lauten:

- Sie müssen nicht bestimmten Bedingungen genügen, um zugelassen zu werden zu dieser Gesellschaft.
- Sie haben dieselben Rechte und Pflichten wie andere Bürger.
- Sie wohnen in ihrer eigenen Wohnung in vertrauter Umgebung.
- Sie haben Zugang zum regulären Arbeitsmarkt, zur allgemein üblichen Schulbildung und Erholung.
- Sie müssen selbst wählen können, wo und mit wem sie wohnen, arbeiten und ihre Freizeit verbringen wollen.
- Sie bestimmen selbst, wer sie dabei wann und wie unterstützt.
- Die Qualität der Unterstützung wird daran gemessen, wie diese zur Lebensqualität beiträgt.
- Menschen mit geistiger Behinderung erhalten Unterstützungsangebote, die erforderlich sind, um in der Gesellschaft wohnen, arbeiten und sich erholen zu können.
- Die Unterstützung schließt an bei dem, was jemand selbst kann, und ist hinsichtlich Dauer, Örtlichkeit, Umfang und Art abgestimmt auf das individuelle Maß.
- Die Unterstützung wird geboten durch das soziale Netzwerk des Betroffenen, allgemeine gesellschaftliche Einrichtungen und spezielle Dienstleister.
- Das Bild vom Menschen mit geistiger Behinderung muss angepasst werden.
- Die Verwirklichung eines breiten sozialen Netzwerkes hat sehr große Bedeutung.
- Allgemeine gesellschaftliche Einrichtungen müssen einsehen, dass sie auch für Menschen mit Behinderung eine wichtige Funktion erfüllen.
- Spezielle Dienstleister müssen hierbei die allgemeinen Einrichtungen unterstützen und ihre Kenntnis, Fähigkeiten und Erfahrung zur Verfügung stellen.

2. „Community Care“ und „Community living“ in der Evangelischen Stiftung Alsterdorf

Am Eingang des Alsterdorfer Marktes hängt dieses große Werk von Werner Voigt. Er gehört zu den „Schlumper Malern“, einer Gruppe von Künstlern mit unterschiedlichen Behinderungen.

Ähnlich wie in vielen Anstalten der Diakonie und anderen Verbänden hat es auch in der Evangelische Stiftung Alsterdorf bis in das letzte Viertel des letzten Jahrhunderts hinein keine ernst zu nehmende Beschäftigung damit gegeben, wie die in den Anstalten lebenden Menschen mit Behinderung im Sinne von wohl verstandener Eingliederungshilfe in nennenswertem Maße am Leben in der Gesellschaft teilhaben können. Der Aufenthalt in der Anstalt war das Lebensprogramm vieler dieser Menschen – auch nach dem Krieg mit seinen traumatischen Erfahrungen in der Behindertenhilfe.

In Alsterdorf wurden wesentliche Veränderungen eingeläutet, nachdem „Die Zeit“ 1979 über die unwürdigen Wohn- und Betreuungsverhältnisse berichtet hatte. In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts beschäftigte die Evangelische Stiftung Alsterdorf Mitarbeitende, die im Sinne von Gemeinwesenarbeit Auszugsprojekte jeweils ein Jahr im Voraus vorbereiteten und dann auch begleitet haben. Dennoch kann von einer geordneten und konsequent durchgehaltenen Strategie der Dezentralisierung und später auch Regionalisierung der Behindertenhilfe nicht die Rede sein. Die Inkonsequenz im Vorgehen und die Unentschiedenheit hinsichtlich der Richtung brachten die Stiftung in den anfänglichen 90er Jahre erneut in große, diesmal auch ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Erst nach der wirtschaftlichen Sanierung Mitte der neunziger Jahre und einem inhaltlichen Stillstand kam gegen Ende der 1990er Jahre die Entwicklung wieder in Fahrt, nicht zuletzt unter dem Einfluss der Ideen von Community Care und Community Living. Es gelang durch die Partnerschaft mit ausländischen Organisationen, über den Tellerrand zu gucken und die Verantwortlichen in der Stiftung zu überzeugen, dass Community Care eine für die Weiterentwicklung der Behindertenhilfe realistische Perspektive darstellte.

So veränderte die Stiftung Alsterdorf nach und nach ihr Aussehen und damit auch ihr Ansehen in der Öffentlichkeit. Dem Hamburger Stadtteil Alsterdorf wurde in enger Kooperation mit den zuständigen Planungs- und Baubehörden und dem Bürgerverein ein Stadtteilzentrum geschenkt, in dem das traditionelle Anstaltsgelände mit vielen Heimen für Menschen mit Behinderung umgewandelt wurde in einen ansprechenden Marktplatz mit Einkaufsläden, Arztpraxen, Ateliers und Restaurants. Wöchentlich am Freitag findet der Markt statt, das Ganze erfreut sich zunehmender Beliebtheit bei den Bürgerinnen und Bürgern Alsterdorfs und angrenzender Stadtteile, seien sie nun behindert oder nicht.

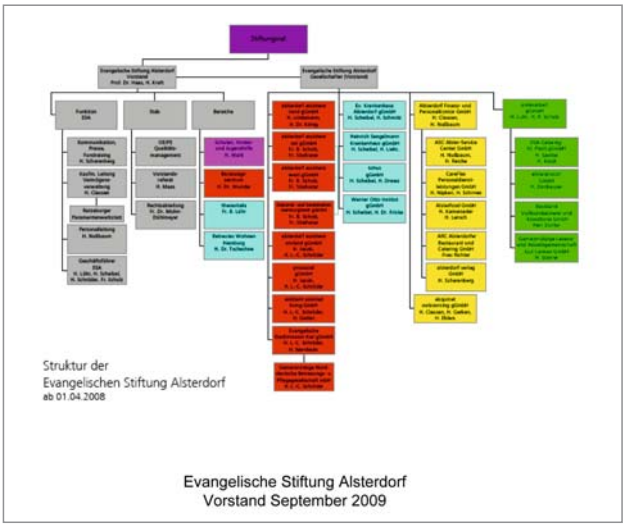
Vorträge

Der Prozess der Umgestaltung hat sich in atemberaubendem Tempo abgespielt und hat in wenigen Jahren dazu geführt, dass Heime für etwa 650 Menschen mit Behinderung abgebaut oder umgewidmet wurden.

In gleichem Umfang wurde in derselben Zeit neuer Wohnraum gesucht, erstellt oder gemietet, überwiegend dezentral in den Stadtteilen außerhalb Alsterdorfs oder gar im Umland Hamburgs, aber in geringerem Maße auch noch auf dem Gelände in neuen Apartmenthäusern.

Die neuen Apartmenthäuser in Alsterdof

Zum Umgestaltungsprozess gehört wesentlich, dass in 2005 die Stiftung sich eine rechtlich neue Organisationsform gegeben hat und nunmehr firmiert als Holding mit 23 Tochtergesellschaften.



Evangelische Stiftung Alsterdorf
Vorstand September 2009

Was die **interne Diskussion um „Community Care" in der Evangelischen Stiftung Alsterdorf** angeht, so werden Rolle und Funktion von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft stark beleuchtet. Wir suchen nach Wegen, wie die Menschen ihre bisherige, überwiegende Rolle als „Empfänger von (Sozial-) Hilfe" hinter sich lassen können und eine Rolle übernehmen, welche sie als aktive Mitglieder im Gemeinwesen sieht, die durchaus ihren Beitrag am gelingenden Gemeinwesen bringen können und wollen.

Dabei geht es nicht darum, die Erfordernis der Unterstützung der Menschen in Frage zu stellen, welche auch mit entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet sein soll, je nach Bedarfslage. Es wird aber nicht regelmäßig die Frage systematisch untersucht, wie die Menschen etwas davon durch eigene Aktivitäten an die Gemeinschaft zurückgeben können. Denn hier steht weder die gesetzlich vorgeschriebene Mitwirkungspflicht, noch die Eingliederung in klassische Formen der Beschäftigung in Werkstätten für Menschen mit Behinderung oder Förderstätten im Vordergrund. Statt dessen müssen wir nach neuen Möglichkeiten suchen, wie Menschen sinnvoll auch außerhalb dieser gesetzlich zu-

nächst vorgesehenen Möglichkeiten eine Beschäftigung finden, welche ihre Position und ihr Ansehen in der Gesellschaft stärken.

Dieser Weg der aktiven Teilhabe am Leben im Gemeinwesen wird als erfolgversprechend angesehen, weil er konsequent neben anderen Zielen auch das entscheidende Ziel verfolgt, Menschen ernst zu nehmen als Bürger mit Rechten und Pflichten.

Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit in der Stiftung Alsterdorf mögen dies erläutern. Aus einer Tagesförderstätte wuchs etwa die Initiative, sich nicht mehr nur mit internen Förderprogrammen aufzuhalten, sondern die Öffentlichkeit des Stadtteils aufzusuchen und durch einen eigenen Beitrag der Menschen aus der Förderstätte zur Pflege der Hauptstraße beizutragen. Die Nutzer der Tagesstätte übernahmen die Pflege von Grünanlagen, in Absprache mit dem zuständigen Gartenbauamt. Kein Mensch wurde gezwungen, die Arbeit wurde als interessant und anregend angenommen. Der Nebeneffekt der Wahrnehmbarkeit der Menschen in der Öffentlichkeit bei dieser Tätigkeit wird ihre Wirkung auf die Öffentlichkeit nicht verfehlen.

3. Bestandsaufnahme und Ausblick in die nächsten Jahre

Folgende Aspekte werden hierzu im Folgenden betrachtet

a. Politisches Umfeld und Gesetzgebung, sowie Finanzierung
b. Bewusstseinsveränderung bei den verantwortlichen Personen
c. Mitarbeitende und Klienten
d. Perspektiven

a. Politisches Umfeld

In Deutschland findet so gut wie keine öffentliche, umfassende gesellschaftliche Diskussion über Vor- und Nachteile von Heimunterbringung behinderter Menschen statt. Sie kommt nur auf, wenn von Pflegemissständen in den Heimen die Rede ist. Es gibt keine Gesetzgebung wie in Schweden, die den Bau von großen Heimen untersagt. Nach wie vor nehmen die Zahlen der Menschen, die in große Einrichtungen aufgenommen werden, zu. Zwar gibt es seit Mitte der Jahre 1980 den Grundsatz „ambulant vor stationär“, aber der blieb weitestgehend wirkungslos, weil der Kostenvorbehalt gemacht wurde.

Noch in 2005 fließen im größten Bundesland NRW in die stationäre Rundumversorgung in Einrichtungen 87 Prozent der Finanzmittel der Eingliederungshilfe und nur 13 Prozent in ambulante Strukturen. Dennoch wird von dort seitens der Verantwortlichen der überörtlichen Träger eine Trendwende vermeldet. Wie viel ist davon aber lediglich dem Sparwillen und weniger der politischen Überzeugung geschuldet? Die Kostenträger blicken auf die Menschen, die als leicht behindert gelten und nicht in Einrichtungen leben müssen und die Gefahr wächst, dass die anderen zurückbleiben in pflegeheimähnlichen Instituten, abgekoppelt von Rehabilitation oder gar Inklusion. Dies ist keine theoretische Gefahr, sondern fast logische Folge von den jetzt anstehenden Ambulantisierungsprogrammen.

Zum politischen Umfeld mit gewaltigem Einfluss auf die Politik gehören in Deutschland die Verbände der Anbieter von Behindertenhilfe. Diese Verbände und die zu ihnen gehörenden Einrichtungen, welche sie vertreten, halten wenig bis nichts von der Auflösung ihrer Anstalten. Sie würden dadurch sehr viel Geld und Einfluss verlieren. Ich registriere gleichwohl, dass die Szene sich verändert und die Aktion Mensch mittlerweile massiv Mittel ausschüttet, um Dezentralisierungsprogrammen voranzutreiben. Nur ist Dezentralisierung lediglich ein erster Schritt, die viel interessanteren folgen erst.

b. Die verantwortlichen Personen

Veränderungen in einer Organisation wie der Evangelischen Stiftung Alsterdorf mit dieser Größenordnung und Reichweite sind nur möglich, wenn die verantwortlichen Personen in einer solchen Organisation dahinter stehen. Sie

Vorträge

tragen letztendlich die Verantwortung für die Organisation und ihr Fortbestehen. Auf dem Hintergrund der unsicheren Rahmenbedingungen, die ich vorhin dargestellt habe, ist ein solcher Umwandlungsprozess mit enormen Risiken verbunden. Es ist das Risiko eines Unternehmens im sozialen Markt, das neue Wege geht und dabei überwiegend aus eigener Kraft und eigenen Ressourcen agiert und handelt. Dieses Unternehmen muss neue Wege gehen, um die Übergänge von der Anstalt zu einem Dienstleistungsunternehmen bewältigen zu können. Jede Initiative und Maßnahme muss einerseits inhaltlich mit dem Leitbild übereinstimmen und sich darüber hinaus wirtschaftlich im Rahmen der Finanzbudgets bewegen. Erst am Ende der 1990er Jahre und anfangs des neuen Jahrtausends haben die neuen Leitideen die verantwortliche Leitungsebene in Alsterdorf voll erfasst und diese zu Entscheidungen gebracht, welche das Ansehen und das Aussehen dieser Organisation total veränderten.

Die neuen Ideen, welche die Entwicklung bestimmen, sind die der Freiheit und der Verantwortung, der Autonomie und Individualität und des Respekts. In dieser Art und Weise auch dem Menschen mit schwerer geistiger Behinderung gegenüber zu treten auf gleicher Augenhöhe, ihn ernst zu nehmen in seinen Lebensentwürfen, bildet das geistige Substrat, ohne das tief greifende Veränderungen nicht möglich sind.

c. Mitarbeitende und Klienten

Der neue Mitarbeiter-Typus verhandelt auf Augenhöhe mit seinem Klienten über dessen Lebenskonzept und lotet die Möglichkeiten der Realisierung mit ihm aus, mit seinem Netzwerk, in seinem Umfeld, nicht mehr in der Anstalt, wo eine Rundumversorgung sicher gestellt werden muss, sondern in dem Lebensraum, wo alle Menschen sich aufhalten. Dabei geht es um Teilhabe am öffentlichen Leben. Entscheidende Fragen sind hier: Wie komme ich zum Arzt? Welcher Verein nimmt mich auf? Wo finde ich Freunde, mit denen ich zum Fußball gehen kann? Wo kann ich einkaufen? Wie finde ich eine geeignete Wohnung? Wo kann ich arbeiten? Es entsteht ein komplett anderes Berufsverständnis; wir sagen Brücken bauen, Mediatorenrolle, Verhandeln, Schlichten, Motivieren. Wir nennen die neue Mitarbeiterin „Assistentin“.

d. Welche Perspektiven haben wir vor uns?

Stadtteilintegration: Die meisten der früheren Bewohnerinnen und Bewohner der Anstalten sind bis auf einige hundert, die noch in der alten Heimat Alsterdorf leben, weggezogen in die Stadtteile Hamburgs oder aufs Land nach Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Sie leben dort allein, zu zweit oder zu dritt in ihrer Wohnung oder Wohngemeinschaft, sie bekommen Unterstützung von professionellen Mitarbeitern der Stiftung und gehen einer Beschäftigung nach. So gehören sie nunmehr selbstverständlich dazu in ihren Straßen im Stadtviertel oder im Dorf und werden von ihren Nachbarn akzeptiert. Viele sind mit dieser neuen Lebenssituation grenzenlos glücklich und zufrieden. Andere wiederum sind mitunter auch über-

fordert, weil sie doch noch fremd und ohne Freunde sind. Die meisten sind gelegentlich einsam, weil sich niemand um sie kümmert, wenn man einmal von den Profis und den Menschen aus ihrer eigenen Gruppe absieht.

Stadtteilentwicklung: Mit dieser Entwicklung hin zu normalen Lebensverhältnissen hat sich der Blick der Verantwortlichen in der Evangelischen Stiftung Alsterdorf verlagert von der Anstalt und ihren Sonderwelten auf die Lebenswelt der Stadtteile, der Quartiere.
In dieser Situation arbeitet die Evangelische Stiftung Alsterdorf und trägt maßgeblich dazu bei, dass Wohnviertel und Lebenssituationen entstehen, in denen alle Bewohnerinnen und Bewohner tolerant und miteinander leben können. Die Kernkompetenz der fachprofessionellen Behindertenhilfe und Versorgung psychisch Kranker stellt sich in den Dienst des Gemeinwesens und seiner Bürgerinnen und Bürger zum Vorteil aller.

Neue Professionalität: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verstehen sich in dieser neuen Perspektive zunehmend als Akteure im Stadtviertel, die im Dienste der Menschen mit Behinderung nach Möglichkeiten und Verbündeten suchen, wenn es darum geht, die Stadtviertel lebenswert zu machen. Sie sind Aktivposten im Prozess der Aufwertung und Gestaltung von Stadtteilen, weil sie in Begleitung ihrer Klientinnen und Klienten ein lebendiges Interesse daran haben, dass diese sich in ihrem Stadtteil wohl fühlen, Kontakte und Freunde bekommen, Anerkennung finden und sich aktiv einbringen in das Zusammenleben aller. Durch ihre Tätigkeit entsteht im Viertel ein Mehr an Bindung, Verlässlichkeit und Sicherheit, insbesondere auch deswegen, weil die Assistenz häufig auf lange Zeit und nicht selten auf unbegrenzte Dauer angelegt ist. Die Mitarbeiter vor Ort werden zu verlässlichen Ansprechpersonen für alle Bürger im Viertel. In der Folge kommt es zu Bekanntschaften und Beziehungen zwischen Menschen mit und ohne Beeinträchtigung. Es entsteht ein neues Zugehörigkeitsgefühl bei allen, dies erhöht auch objektiv die Sicherheit im Stadtteil.

Neue Rolle der Evangelischen Stiftung Alsterdorf: Die Evangelische Stiftung Alsterdorf hat ein reges Interesse daran, sich einzubringen in neu zu gestaltende Wohnviertel oder der Sanierung von Stadtteilen mit Nachholbedarf. Die erfolgreiche Teilhabe der Menschen und die professionelle und nicht professionelle Begleitung ihrer Klientinnen und Klienten dort ist eines der Hauptziele der Evangelischen Stiftung Alsterdorf. Zur erfolgreichen und optimalen Realisierung solcher Vorhaben sind geeignete Partner erforderlich, wie etwa Baugenossenschaften, welche wie sie selbst interessiert sind an Begleitung langfristiger Lebenskonzepte, sowie auch Vernetzung mit andren Anbietern aller Art.

Vorträge

Wenn der Arbeitsplatz sich grundlegend verändert ...

Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Umwandlungsprozess am Beispiel des Alexianer-Krankenhauses Münster GmbH

Ein Beitrag von

Arno Fuhrmann

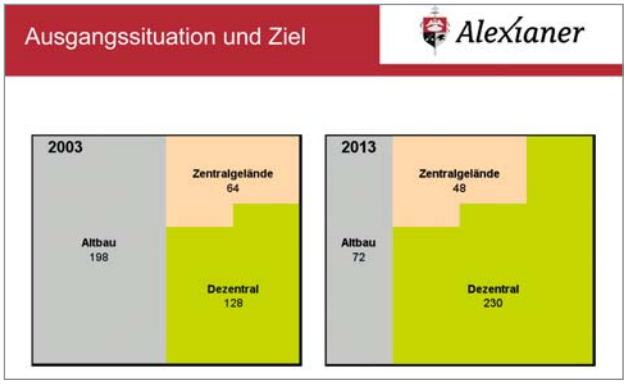
(Referent der Geschäftsführung der Alexianer Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Münster)

Zielvereinbarung mit der Aktion Mensch

- Umwandlung des Wohnbereiches am Alexianer-Krankenhaus Münster in ein differenziertes System gemeindeintegrierter Wohneinrichtungen
- Teildezentralisierung und Verlagerung von 104 Plätzen aus dem Altbau in Gemeindenähe (ca. 10 x Investitionsförderung durch Aktion Mensch) bis 2010
- Projektbegleitung (ab 2004): 2,5 Stellen (5 Jahre, 80 % Förderung durch Aktion Mensch)
- Starthilfeförderung zum Aufbau eines ambulanten Dienstes (ab 2004): 1 Stelle (5 Jahre, degressive Förderung durch Aktion Mensch)

Ausgangssituation im Jahre 2003

- Bildung von Außenwohngruppen seit 1990 (Enthospitalisierung)
- Hoher Altersdurchschnitt auf dem Zentralgelände
- Geschützte Wohngruppen auf dem Zentralgelände
- Keine Vernetzung mit dem ambulanten Dienst Betreutes Wohnen
- Keine ambulante Eingliederungshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung
- Drei Wohnbereiche mit teilautonomen Wohngruppen
- Zentrales Aufnahmemanagement



➜ **Worin bestand die Herausforderung?**

- **Erzeugen einer Aufbruchstimmung** angesichts zunehmender Kostendiskussionen und Personaleinsparungsbemühungen
- **Sensibilisierung für notwendige Qualifizierung** angesichts veränderter Arbeitsanforderungen im Gemeindezusammenhang
- **Wecken von Umzugs- bzw. Veränderungsbereitschaft bei Klienten,** die damit nicht mehr „rechneten".

Unsicherheiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

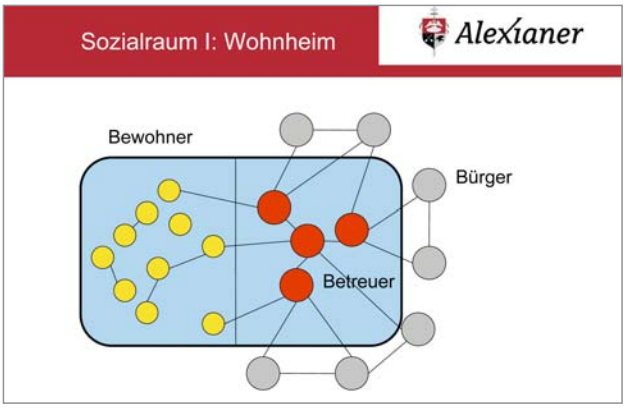
- **Frage:** Verliere ich meine Arbeit?
- **Antwort:** Nein

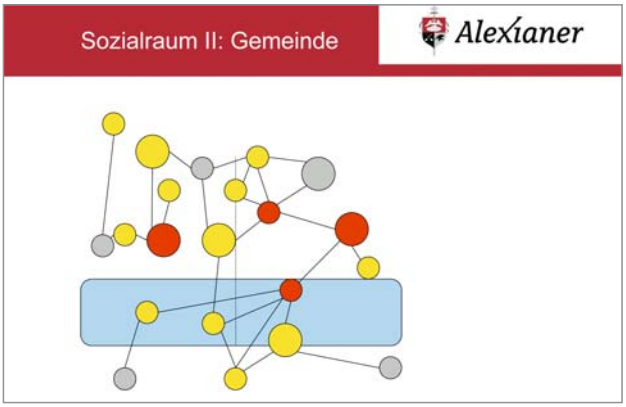
➜ **Arbeitsinhalt**

- **Frage:** Muss ich was anderes machen?
- **Antwort:** Das kann passieren
  - Wäre das schlimm?
  - Würden Sie gerne mal was anderes machen?
  - Was können Sie denn gut?

➜ **Arbeitsabläufe**

- **Frage:** Muss ich etwas anders machen?
- **Antwort:** Ja!
  - Mit dem Klienten, statt für den Klienten arbeiten
  - Verantwortungsvoll Verantwortung abgeben
  - Beziehungen stiften, vermitteln
  - Risiken eingehen, Fehler wagen und daraus lernen
  - Weniger reden, mehr zuhören
  - Sich fortbilden, sich weiterbilden, lernen





➜ **Arbeitseinstellung**

- **Unerwünschte Reaktionen von Mitarbeitenden auf den Umwandlungsprozess:**
  - „Individueller Hilfebedarf ist gut und schön, aber man muss auch auf die Gruppe, die Gemeinschaft achten!"
  - „Selbstbestimmung? Machen wir! Bei uns kann jeder seine Meinung sagen. Wenn möglich, erfüllen wir schon mal kleinere Wünsche."
  - „Normalisierung ... ist schön, aber man darf nicht vergessen, dass wir es mit Behinderten zu tun haben!"
  - „Unabhängigkeit? ... So weit kommt es noch. Wer soll sich denn dann um die Bewohner kümmern?"
  - „Gemeindeintegration? ... Wir haben auch so schon genug Arbeit mit den Bewohnern!"

Vorträge

Problemverständnis

➜ **Wie kommt es dazu, dass Mitarbeitende so denken und solche Einstellungen das Handeln leiten?**

Problemverständnis — Alexianer

Berufsgruppen in der Eingliederungshilfe
(Standort Münster, 2008)

Berufsgruppe	% von Gesamt	Alter (Jahre)	Betriebszu-gehörigkeit (Jahre)
Pädagogische Fachkräfte	38	37	7,8
Pflegefachkräfte	28	44	8,6
Nichtfachkräfte	28	34	7,3
Andere Berufe	6	42	5,7

➜ **Mitarbeitertypen**

- **Frau A.:** Sozialpädagogin, Ausbildung 1989, seit 1992 Mitarbeiterin einer Außenwohngruppe. Fühlt sich wohl hier und hat ihr Familienleben auf den Rhythmus der Wohngruppe abgestimmt. Hat nur Angst, dass sie wieder ins Haupthaus zurück muss. Dass jetzt immer mehr dezentralisiert werden soll, findet sie gut für die Menschen.
- **Frau B.:** Krankenschwester, Ausbildung 1998, nach Einsatz auf diversen Stationen im psychiatrischen Krankenhaus seit 2004 im komplementären Bereich. Auf der Wohngruppe Florian gefällt es ihr gut. Dass die Bewohner demnächst alle in ein Wohnhaus in der Stadt umziehen, kann sie sich nicht so richtig vorstellen, und diese Pläne machen ihr etwas Angst.

➜ **Verletzung von Grundbedürfnissen**

- **Autonomie/Kontrolle:** „... Jetzt wollen also noch mehr Leute mitreden und bestimmen, was zu tun ist!“
- **Lustgewinn/Unlustvermeidung:** „... So lange ich nicht weiß, was ich davon habe, halte ich mich schön raus!“
- **Bindung:** „... Wenn unser Teamzusammenhalt nicht wäre, hätte ich längst gekündigt!“
- **Selbstwert:** „... Soll denn alles schlecht gewesen sein, was ich bisher gemacht habe?“

Prozess der Umstellung

➜ **Erste Erkenntnisse**

Dienstplan-Diskrepanzen — Alexianer

Uhrzeit	Anzahl MA	Anzahl BEW
06:00:00	1	10
07:00:00	1	10
08:00:00	1	0
09:00:00	1	0
10:00:00	2	0
11:00:00	2	1
12:00:00	2	1
13:00:00	0	8
14:00:00	0	8
15:00:00	2	8
16:00:00	2	8
17:00:00	2	10
18:00:00	2	10
19:00:00	1	10
20:00:00	1	10
21:00:00	1	10

Ein gerichteter Zusammenhang zwischen Anzahl präsenter Bewohner und Mitarbeiter ist statistisch nicht nachweisbar.

Der Korrelationskoeffizient liegt bei -0,26

Diskrepanzen — Alexianer

In der ambulant betreuten Wohngemeinschaft erfährt der Klient A. pro Woche 2,5 h exklusive Aufmerksamkeits-zuwendung durch den/die Bezugsbetreuer/in	In der stationären Außenwohngruppe verbleiben für den Klienten B. pro Woche 0,25 h exklusive Zeit mit seinem/seiner Bezugsbetreuer/in
2,5 Stunden/Woche (sicher)	**0,25 Stunden/Woche (unsicher)**

Diskrepanzen — Alexianer

Maria S.: zwangskrank, eigensinnig, viele Reinigungsrituale, hat geduldigen Vermieter, wünscht pünktliche Besuche, nur wenige Zwänge sind verhandelbar. Kooperativ und zuverlässig bei Einhaltung der Regeln unsererseits.	Maria S.: schwierig, nicht integrierbar, Belastung für die Gruppe, aggressive Auseinandersetzungen, krisenhafte Zuspitzungen, hat schon viele Gruppen durch, profitiert nicht mehr vom Setting, macht ratlos, zieht Aufmerksamkeit ohne Ende,...
4 Stunden/Woche (Tendenz: weniger)	**> 20 Stunden/Woche (absehbar mehr)**

Diskrepanzen — Alexianer

Wenn das Ziel von Eingliederungshilfe die Unabhängigkeit des Klienten von Unterstützung ist, warum fällt es uns dann schwer, Manfred ausziehen zu lassen?

Und was haben die Mitarbeiter dazu gesagt?

➜ **Mitarbeiterbefragung (2005)**

- Laut den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern könnten von den 183 Klienten auf dem Zentralgelände 38 Prozent statt nur 23 Prozent den Schritt in die Gemeinde tun, **wenn sich in den folgenden Bereichen etwas ändert…** (in der Reihenfolge der häufigsten Nennungen):
  - Personalschlüssel und Gruppengröße
  - Kommunikationsstrukturen / Entscheidungskompetenzen
  - Sozio-emotionale Fähigkeiten der Klienten
  - Fort- und Weiterbildung zur Anpassung an Anforderungen
  - Institutionelle Rahmenbedingungen
  - Lebenspraktische Fähigkeiten der Bewohner

Lösungsorientierung

➜ **Worauf kam es uns an bei der Auswahl von Interventionen für eine wirkungsvolle Begleitstrategie?**

- Ängste und Befürchtungen der Mitarbeitenden ernst nehmen
- Erfahrungen würdigen, Entwertung früherer Arbeitsinhalte und Arbeitsergebnisse vermeiden (Selbstwert)
- Orientierung an Ressourcen und Stärken des Mitarbeiters (Selbstwert)
- Schaffung eines angstfreien Lernraumes für Teams (Bindung, Unlustvermeidung)
- Ermöglichung von Perspektivwechsel und neuen positiven Erfahrungen (Lustgewinn, Kontrolle)
- Verstärkung für Veränderungsbereitschaft und kreative Ideen
- Diskrepanzen zwischen fachlichem Anspruch und Wirklichkeit deutlich machen
- Rückmeldungen bei Erfolgen (Kontrolle/Autonomie)

Interventionen

➜ **Was wir gemacht haben:**
<u>auf der Organisationsebene</u>

- Optimierung der Informationsverteilung und Kommunikation (Intranet)
- Transparenz und interdisziplinäre Beteiligung an Aufnahmeentscheidungen
- Abschaffung übertriebener Regelungen im dezentralen Bereich (Brandschutz, Hygiene, Rauchverbot, Alkoholverbot, etc.)

➜ **Was wir gemacht haben: <u>für Teams</u>**

- Teamentwicklungsseminare (Teamtage)
- Teamfortbildungen je nach Bedarf
- Fallbesprechungen
- Teamübergreifende Planspiele
- „Weiterbildungspass" (Intranet)
- Verhaltensexperimente („Ein Morgen ohne Betreuer")

➜ **Was wir gemacht haben: <u>für Mitarbeitende</u>**

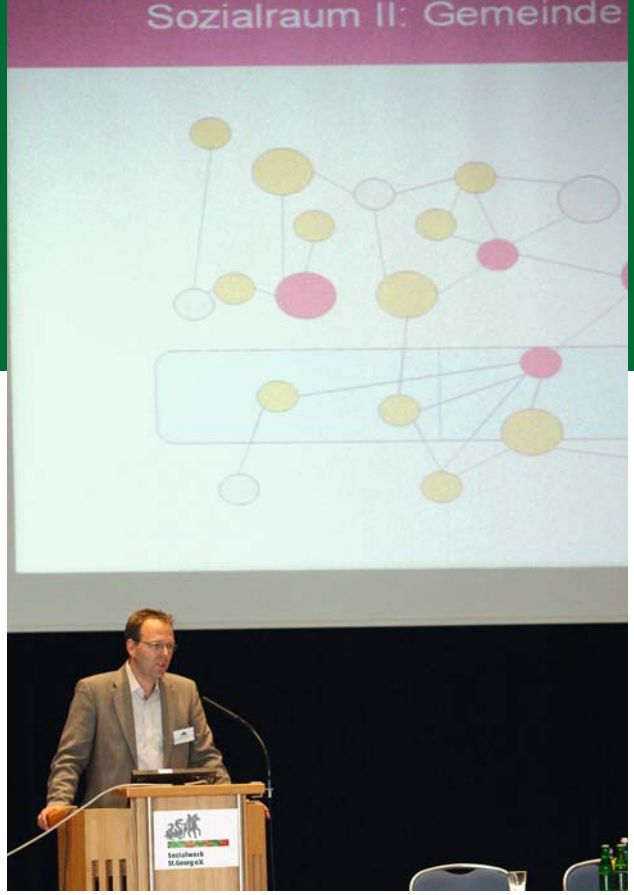
- Basis-Curriculum Kommunikation/ Gesprächsführung
- Einzelberatung („Ich weiß nicht weiter!")
- Handbuch zur Individuellen Hilfeplanung
- Dokuforum: „Best-Practice" und ungelöste Probleme
- Job-Enrichment: Erprobungen im ambulanten Bereich

➜ **Was wir gemacht haben: <u>für Mitarbeitende und Klienten</u>**

- Internes Hilfeplangespräch
- Ambulante Begleitung durch stationäre Mitarbeiter

➜ **Was wir gemacht haben: <u>für Klienten</u>**

- Psychosoziale Trainings/Seminare (z.B. Selbstsicherheit, Frauengruppe)
- Selbstdarstellung im Film
- Kontakt und Info Heimbeirat
- Öffnung der Innerbetrieblichen Fortbildung für Klienten (ab 2009)



Und was brachte die größten Erfolge – Wichtige Lernerfahrungen

➜ **Interne Hilfeplangespräche (Wie sieht der Klient mich/uns?)**
- Moderiert durch Projektmitarbeiter (Stabstelle)
- **Frage Y:** Wie sicher sind Sie, dass die Hilfeplan-Ziele erreicht werden? **Antwort** auf einer Skala 1-10
- **Frage Z:** Wie gut hat Ihr Bezugsbetreuer verstanden, was Sie wollen? **Antwort** auf einer Skala 1-10

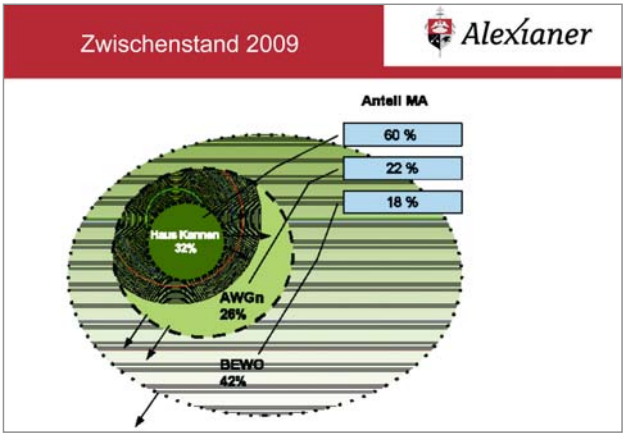
➜ **Teamtag**
- Wo liegen die Stärken des einzelnen und des Teams?
- Wo wollen wir hin?
- Was brauchen wir dafür noch?
- Wie kriegen wir das?

➜ **Planspiel** (Vom Alltag absehen können)
- Sich in die Rolle anderer hineinversetzen
- Dinge aussprechen, die man sonst nie sagt
- Für etwas argumentieren, was man eigentlich nicht will
- Erleben, wie manipulierbar Kommunikation ist

➜ **„Intensiv Ambulant betreutes Wohnen"** (ambulant mit stationären Elementen)
- Beziehung macht Mut.
- So macht Arbeiten Spaß!
- Stationär = Sicherheit; Ambulant = Freiheit

Tipps

- Verantwortlichkeiten klar regeln
- Diskussionen zulassen bzw. führen
- Modelle/Vorbilder möglich machen
- Klienten zu Wort kommen lassen (Reportagen, Filme)
- Erfahrungswissen sammeln (Datenbank)
- Machen, nicht nur reden
- Erfolge benennen, visualisieren, dokumentieren
- Den Mut zu Fehlern belohnen, nicht den Fehler bestrafen
- Weiterbildung muss direkten Nutzen für das Team haben.



Nachhaltigkeit?

- 25 Prozent der stationären Mitarbeitenden erreicht mit zusätzlichen IBF bzw. Weiterbildungsmaßnahmen
- Ca. 130 Fallbesprechungen bzw. Hilfeplangespräche durchgeführt
- 10 Prozent der Klienten „ambulantisiert" zwischen 2006 und 2009
- Erfahrungswissen wird gesammelt (Datenbank als Teil der elektronischen Dokumentation)
- In 2010 werden 50 Prozent der stationären EGH-Plätze in Gemeindenähe lokalisiert sein
- Ab 2013 werden 70 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz im gemeindenahen Raum haben.

Vorträge

Wohne ich nur oder lebe ich auch?

Schritte von Menschen mit Behinderung auf dem Weg zu einem gleichberechtigten Zusammenleben und zu einem selbstverständlichen gesellschaftlichen Miteinander

1. „Jeannie“: Mittendrin ist näher dran – aber auch risikoreich

Ein Bericht über eine Klientin des Sozialwerks St. Georg mit psychischer Behinderung von

Gaby Oberliesen-Rickert

(Einrichtungsleiterin Wohnverbund Kontrapunkte im Sozialwerk St. Georg, Geschäftsbereich Westfalen-Nord, Hamm)

Einführung

- ➜ Die Klientin, die hier vorgestellt wird, verfügt über ein großes Repertoire an Persönlichkeiten, das sie je nach Verfassung und nach dem, was sie mitteilen will, interpretiert
  - • Sie wird in diesem Vortrag „Jeannie“ genannt, weil sie mit dieser Persönlichkeit am Glücklichsten ist.
    - – Hier gibt es große Parallelen zu dem Falschengeist „Jeannie“.
    - – Als Geist aus der Flasche ist man überall und kriegt alles mit: Dies gehört zu den Lebenselixieren der Klientin.
- ➜ Jeannie gehört zu den „Schwächsten der Schwachen“.
- ➜ Sie ist eine Klientin, die in ihrer Umgebung auffällt, die polarisiert und Mitarbeitende fordert.
- ➜ Jeannie ist keine Auszugskandidatin aus der Einrichtung, sondern jemand, dem so viel Selbständigkeit, Selbstverantwortung und Selbstbestimmung wie möglich im intensiv Betreuten Rahmen ermöglicht werden muss.

Kindheit und Jugend

- ➜ 1959 in Unna geboren.
- ➜ Lebte 4 Jahre bei ihrer leiblicher Mutter und ihrem Stiefvater.
- ➜ Umzug für 16 Jahre in den Haushalt der Großeltern.

Vorträge

- ➜ Hauptschulabschluss / Lehre Bürokauffrau in Dortmund abgebrochen.
- ➜ In diese Zeit fallen auch erste Kontakte zur Drogenszene und ein kurzzeitiger Umzug nach Berlin.
- ➜ Schließlich heiratet sie in Dortmund einen Mann, der auch drogenabhängig ist und bekommt eine Tochter, die sie sofort zur Adoption freigibt.
- ➜ Kurz vor deren Geburt unternimmt Jeannie einen Suizidversuch – daraufhin erfolgt eine erste Einweisung in ein psychiatrisches Krankenhaus in Dortmund und die Scheidung von ihrem Mann.

Lebensumstände bis zum Einzug in das damalige Stift Ascheberg vom Sozialwerk St. Georg

- ➜ Sie lebt allein in Dortmund.
- ➜ Aggressives und auffälliges Verhalten führt zu mehreren Einweisungen ins psychiatrische Krankenhaus in Dortmund, in dem sie schließlich für einige Jahre lebt.
- ➜ 1995 scheitert ein Versuch des Ambulant Betreuten Wohnens unter dramatischen Umständen: Jeannie wird gegen ihren Willen wieder ins psychiatrische Krankenhaus eingewiesen.
- ➜ 1997 Umzug ins damalige Stift Ascheberg: Außer einem Sozialarbeiter erwarten in der Klinik alle ihre baldige Rückkehr.

Leben im Stift Ascheberg

- ➜ Schwierige Eingewöhnungszeit: Jeannie prüft, wie weit sie gehen kann ohne fallengelassen zu werden.
- ➜ Auch in Ascheberg bettelt sie Passanten an, bedroht einige sogar, wenn diese ihr kein Geld geben.
- ➜ Sie wirkt oft verzweifelt und von Ängsten beherrscht.
- ➜ Die Mitbewohner lehnen sie ab, einige mutige Mitarbeitende beginnen konsequent mit ihr zu arbeiten.
- ➜ **Katastrophe:** Sie löst einen Brand aus
- ➜ **Konsequenzen:**
  - Innerhalb der Einrichtung und auch in der Bevölkerung entstehen heftige Diskussionen, ob sie weiter im Stift leben kann.
  - Mitarbeitende nutzen die gerade stattfindenden Umstellungen hin zur Selbständigkeit und intensiverer Betreuung Einzelner und entscheiden sich dafür, die Klientin in ein anderes Wohnumfeld innerhalb des Sitfts Ascheberg umziehen zu lassen.
    - – Die Patientin lebt nun in einer kleineren Gruppe mit sechs Frauen, die alle ein Einzelzimmer bewohnen.
    - – Auch hier zeigen sie alle Facetten ihrer verschiedenen Persönlichkeiten, denen sie auch Namen gibt.
    - – Eine Einbindung in Tagesstrukturierende Maßnahmen ist immer noch kaum möglich.
- ➜ Das Angebot 2000 mit in die neue Einrichtung Kontrapunkt Hamm umzuziehen lehnt sie ab.
- ➜ Als jedoch 2001 der Bau in Unna begonnen wird, meldet sie sich sofort selbst zum Umzug an: „Ich komme ja aus Unna“.

Leben im Kontrapunkt in Unna

➜ Jeannie bezieht Mitte 2002 mit drei anderen Klienten eine gemeinsame Wohnung.

➜ Ihre Themen jetzt sind die „Wiederentdeckung“ Unnas und die ihrer vormaligen beruflichen und hausfraulichen Tätigkeiten.
- Sie kann gut kochen und sich selber versorgen.
- Selbstständige Geldeinteilung am PC: Sie kann genau sagen, wie viel Taschengeld ihr zur Verfügung steht und wie viel sie bereits ausgegeben hat.

➜ Teilnahme an verschiedenen Tagesstrukturierenden Maßnahmen (etwa einer Zeitung) mal mit mehr, mal mit weniger Interesse.

➜ Sie nimmt ausgesprochen gern an Ausflügen und Urlauben teil, traut sich aber allein nur in die nähere Umgebung.

➜ In ihrem **Verhalten** zeigen sich weiterhin die **Auswirkungen ihrer Lebensgeschichte:**
- Mangelnde Rollenfindung; Desorientierung bezüglich ihrer Person und Orientierung.
- Entwurzelung – nie irgendwo angekommen und angenommen worden sein.
- Benutzt unterschiedliche Persönlichkeiten mit verschiedenen Namen, um ihre Verfassung auszudrücken.
- Ausrichtung der Lebensfreude auf „Konsum“ und „bleiben können“.
- Unruhe, sobald Veränderungen im Haus anstehen.

Fazit: „Jeannie aus der Flasche“ hat erfahren, dass …

➜ das Leben mit anderen Menschen schwierig, aber auch angenehm sein kann

➜ sie mit ihren verschiedenen „Aussagen“ verstanden und übersetzt wird

➜ die Wohnung, ihr Zimmer ein Schutzraum ist, den sie nutzen kann, aber nicht muss

➜ ihre Eigenheiten gesehen, aber nicht bedingungslos toleriert werden

➜ es viele Möglichkeiten gibt, um sich zu beschäftigen

➜ sie etwas zum gemeinsamen Leben beitragen kann

➜ **sie sich wieder selbst mögen kann**

Vorträge

2. „Herr W.“: Der lange Weg zu mehr Selbstbestimmung

Ein Bericht über einen Klienten des Sozialwerks St. Georg mit geistiger Behinderung von **Ingrid Hamel-Weber**

(Bereichsleiterin Hochsauerlandkreis stationär im Sozialwerk St. Georg, Geschäftsbereich Westfalen-Süd, Schmallenberg)

Stationen des Lebens

- ➜ geboren 1927, Vater unbekannt, Mutter früh verstorben
- ➜ 1930 Aufnahme im Johannesstift in Marsberg, später Verlegung nach Warstein
- ➜ 1964 Sozialwerk St. Georg in Gelsenkirchen
- ➜ 1985 Sozialwerk St. Georg in Gellinghausen
- ➜ 1987 Sozialwerk St. Georg in Oedingen
- ➜ 2002 Sozialwerk St. Georg in Welschen-Ennest
- ➜ seit 2008 Sozialwerk St. Georg in Lennestadt-Altenhundem
- ➜ **Fazit:** Herr W. ist heute 82 Jahre alt – davon lebte er 80 Jahre in stationärer Betreuung

Eine Kindheit im Heim

- ➜ Herr W. lebte 34 Lebensjahre in einer Sonderwelt, unter einem maximalen Maß an Fremdbestimmung, fehlender Privatsphäre und unter dem Stigma der Andersartigkeit: Schlafsäle und Arbeit befanden sich auf dem Anstaltsgelände, für die Verpflegung, für die Kleidung und fürs Rauchen wurde gesorgt.
- ➜ **Zentrale Aussagen von Herrn W.:**
  (Diese sind eine Besonderheit von Herrn W: Er kann sehr gut Glaubenssätze und Meinungen zusammenfassen)
  - „Man muss zufrieden sein“
  - „Man muss seine Arbeit machen“

Wie ging es weiter?

- ➜ Im Alter von 37 Jahren zieht Herr W. 1964 nach Gelsenkirchen, in eine Einrichtung des Sozialwerks – und befindet sich wieder in einer Sonderwelt: Mehrbettzimmer und Arbeit auf dem Heimgelände, für die Verpflegung, für die Kleidung und fürs Rauchen wurde gesorgt.
- ➜ **Zentrale Aussagen von Herrn W.:**
  - „Man muss auch mal Urlaub machen“
  - „Man muss doch was vom Leben haben“

Leben auf dem Kastanienhof in Lennestadt-Oedingen

➜ 1987 zieht Herr W. im Alter von 60 Jahren und auf eigenen Wunsch auf den Kastanienhof – und lebt wieder in einer (kleinen) Sonderwelt mit hohen Hecken umgrenzt und unter „geschlossenen Bedingungen“. Die Busstation liegt jedoch vor der Haustür.

➜ Verbesserungen:
- 2-Bett Zimmer
- Arbeit in einer WfbM außerhalb des Geländes
- Auszahlung eines kleinen Anteils seines Taschengeldes an ihn selbst

➜ Dennoch:
- Herr W. fällt auf durch zeitweise „aufgeregtes Verhalten“
- Er entweicht mehrfach aus der Einrichtung
- Herr W. verwendet sein Geld für den Kauf von Spielzeug

➜ Konsequenzen:
- Anfänglich bestrafende Haltung des Personals – da Herr W. jedoch niemandem schadet und immer wieder unaufgefordert zurückkommt, erfolgt ein Strategiewechsel:
  – Herr W. kann nun nach Absprache die Einrichtung verlassen.
  – Sein Taschengeld wird an ihn ausgezahlt, lediglich für Rauchwaren wird eine Reserve gebildet.
  – Er darf begrenzt Spielzeug und Tabak einkaufen.

➜ Zentrale Aussagen von Herrn W.:
- „Man muss sich abmelden“
- „Man muss doch auch mal einen Anzug haben“

Beginn der Dezentralisierung

➜ Der Kastanienhof in Oedingen muss vorzeitig aus Gründen des Brandschutzes aufgegeben werden.

➜ Konsequenzen:
- Es muss Ersatzwohnraum gefunden werden, bis der Neubau des Kastanienhofes steht.

- Es werden interne Verlegungen in andere Einrichtungen des Sozialwerks oder in die Altenhilfe überlegt.
- Ein Außenwohnungsbereich in der Kreisstadt Olpe wird aufgebaut.

Leben im Reihenhaus in Kirchhundem-Welschen-Ennest

➜ Trotz seiner mittlerweile 75 Jahre setzen sich die Mitarbeitenden dafür ein, dass Herr W. mit in die angemieteten Reihenhäuser in Kirchhundem-Welschen-Ennest ziehen darf.

➜ Dies ist von Anfang an eine Übergangslösung – Risiko: die Häuser sind nicht barrierefrei.

➜ Konsequenzen für Herrn W.:
- Ein eigenes Zimmer.
- Ein eigenes Konto.

Vorträge

- Tagesstrukturierendes Angebot außer Haus, nur über Fahrdienst erreichbar.
- Gute Bahn- und Busanbindung.
- Vermehrter Kontakt zu Menschen außerhalb der Wohneinrichtung.

Leben in der neuen Einrichtung in Lennestadt-Altenhundem

➜ Einzug 2008

➜ Konsequenzen für Herrn W.:

- Ein eigenes Zimmer in einem Barrierefreien Haus.
- Ein eigenes Konto.
- Tagesstrukturierendes Angebot außer Haus, aber fußläufig erreichbar.
- Gute Bahn- und Busanbindung (Barrierefrei zu erreichen).
- Mehr Möglichkeiten des Kontaktes zu Menschen außerhalb der Wohneinrichtung.
- Fußläufig sind alle Geschäfte – auch ein Spielzeugladen – erreichbar.

Fazit

➜ Wenn Selbstständigkeit und Teilhabe ermöglicht werden, entwickeln sich neue Chancen.

➜ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen ermutigt werden, auf die Suche nach der individuellen Persönlichkeit zu gehen.

➜ Ein offener Dialog mit der Umwelt öffnet Türen, auch und gerade wenn Verhaltensweisen von Menschen befremdlich wirken.

➜ Die Rahmenbedingungen des Wohnens müssen sich konsequent an den Rahmenbedingungen des „normalen Lebens“ orientieren.

„Herrn W. hat der Prozess der Dezentralisierung erst im Alter neue Lebensperspektiven eröffnet. Er wird auch weiterhin in einer Heimeinrichtung leben müssen. Dennoch ist er Schritte gegangen, die ihm ein weitgehend selbstständiges Leben und die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Den Wunsch nach einem normalen Leben hat er bereits frühzeitig geäußert. Verstanden wurde er leider erst sehr spät.“

Zeit für persönlichen Austausch …

Podiumsdiskussion

„Menschen statt Steine“

… oder wohin sich die Förderung der Eingliederungshilfe künftig bewegen sollte

Ein Gespräch mit:

- **Theodorus Maas**
  Geschäftsführer alsterdorfer assistenz ost gGmbH, Hamburg
- **Friedhelm Hoffmann**
  Behindertenbeauftragter des Kreises Olpe
- **Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner**
  em. Professor Universität Witten-Herdecke, von 1980-1996 Leitender Arzt Westfälische Klinik für Psychiatrie, Gütersloh
- **Gitta Bernshausen**
  Bevollmächtigte Soziale Dienstleistungen Sozialwerk St. Georg

Moderation:

- **Monika Stich**
  Leiterin Fort- und Weiterbildungszentrum LWL-Klinik Warstein

Monika Stich: *Das Thema dieser Podiumsdiskussion ist „Menschen statt Steine“. Dies ist eine wunderbare Metapher für das, worum es uns heute geht. Lange Zeit haben wir Menschen als „Steine“ in Gebäuden „abgelegt“ und uns dann gewundert, dass sich diese Menschen nicht bewegt haben, weil sie sich angepasst haben. Die Intention dieser Runde ist, noch einmal den personenzentrierten Ansatz gegen den institutionsbezogenen Ansatz zu beleuchten. Das bedeutet, dass man fragt, was der einzelne Mensch braucht, anstatt nur zu gucken, welche Institutionen man noch bauen könnte, um dort Menschen zu versorgen.*
Ich möchte unsere Runde mit der folgenden Frage an unsere Gesprächspartner starten: Angenommen, wir sind zehn Jahre weiter und der personenzentrierte Ansatz beim Hilfebedarf ist weiter verfolgt worden. Wie sieht die Betreuungssituation dann aus? Was glauben Sie ist gelungen und was ist weniger gelungen?

Theodorus Maas: Da ich die Entwicklung in der Evangelischen Stiftung Alsterdorf überschaue, möchte ich mich in diesem ersten Statement unter anderem auf diese beziehen. Die Bewegung der Dezentralisierung oder Regionalisierung, von der wir gesprochen haben, ist mittlerweile 30 Jahre alt. In dieser Zeit hat die Bewegung – was Alsterdorf betrifft – nicht immer geradeaus geführt, sondern auch Umwege gemacht. In den letzten Jahren zeigte sich allerdings schon deutlicher, in welche Richtung die Entwicklung geht.
In zehn Jahren werden wir es sicherlich geschafft haben, dass die Menschen in den Wohnverhältnissen leben, die sie vorziehen. Wohnen wird also tatsächlich so stattfinden, wie es die Menschen wünschen – und es wird auch zunehmend gelingen, zu bestimmen, wer die Unterstützung dabei gewährt.
Ich bin mir allerdings nicht so sicher, wie in zehn Jahren die Perspektive der Bildung und Arbeit für Menschen mit Behinderung sein wird. Einerseits bin ich zuversichtlich, dass es aus der Alsterdorfer Sicht gelingen wird, den Menschen in größerem Maße Wege in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Im welchem Umfang dies gelingen wird, ist mir nicht klar, aber wir werden besser werden. Was die Schulen und die Bildung betrifft, sind wir ebenfalls auf einem guten Weg – und es ist zumindest in Hamburg zu sehen, dass dieser auch politisch unterstützt wird. Allerdings kann ich noch nicht erkennen, wie die Politik tatsächlich Ernst mit der folgenden Frage macht: Wie gelingt es, die infrastrukturellen und die sozialstrukturellen Bedingungen in den Gemeinwesen vor Ort, in den Quartieren zu stärken, so dass auch Menschen mit erheblichem Unterstützungsbedarf in den Bereichen Bildung und Arbeit eine Chance haben?

Friedhelm Hoffmann: Ich bin der Behindertenbeauftragte des Kreises Olpe und darf inzwischen auf 35 Jahre in allen möglichen Bereichen der Psychiatrie zurückblicken: Wenn ich wirklich träumen dürfte, würde ich mir wünschen, dass das Motto der heutigen Veranstaltung Wahrheit geworden wäre – nämlich, dass die Menschen im Mittelpunkt stehen. Ich würde mir auch wünschen und kann mir auch vorstellen, dass zumindest im Kreis Olpe eine Nutzung des Gemeinwesens für alle Menschen mit Behinderung, gleich welcher Art, in Zukunft möglich wird.

Podiumsdiskussion

Ich habe aber auch die Befürchtung, dass sich, insbesondere durch die „Hochzonung“ der Eingliederungshilfe, die örtlichen Gemeinwesen hier in Nordrhein-Westfalen für das Wohnen ihrer Mitbürger nicht mehr zuständig fühlen könnten. Und wenn ich dann noch rückkopple und konkret erlebe, wie im Moment die Kommunikation zwischen dem überörtlichen und dem örtlichen Träger läuft, dann kann ich mir eigentlich nicht vorstellen, dass das in zehn Jahren besser sein wird.
Ich würde mir auch wünschen, dass in zehn Jahren einige Aussagen von Einrichtungsleitern nicht mehr vorkommen. Dazu gehört, dass ein Mensch „nicht heimfähig“ oder „zu behindert“ sei, um in ein Heim aufgenommen zu werden. Eine große Problematik, die wir im Kreis Olpe im Moment sehr intensiv zu verzeichnen haben, ist, dass Menschen mit einer Schwer- oder Mehrfachbehinderung keine Aufnahme mehr in Behindertenwerkstätten finden. Sie werden ausgegrenzt und auf Tagesstätten verwiesen. Ich habe die Befürchtung, dass sich dieser Trend aus finanziellen Gründen noch verstärken könnte.

Klaus Dörner: Ich möchte mich erstmal bei Herrn Maas bedanken, dass er mit den Themen Bildung, Wohnen und Arbeit die drei Schwerpunkte der Behindertenrechts, der UNO-Behindertenrechtskonvention angesprochen hat. Diese UNO-Behindertenrechtkonvention ist nämlich jetzt geltendes Recht geworden. Als Staatsbürger haben wir somit im Sinne dieser Konvention zu handeln. Diese verweist auf ein utopisches Fernziel: Demnach soll es irgendwann nur noch ein Bildungssystem geben für alle, so dass der Unterschied von Menschen mit und ohne Behinderung an Bedeutung verliert. Zudem sollen alle Menschen wohnen können wie und wo sie wollen. Das dritte Ziel ist ein Arbeitsmarkt für alle. Die Konvention benennt verschiedene Schritte. die alle auf dieses Fernziel deuten. Dabei geht es weniger darum, ob wir das wirklich erreichen können, sondern vielmehr, dass wir in diese Richtung zu arbeiten haben.
Um auf die Frage zurückzukommen, was in zehn Jahren sein wird: Ich glaube, dass sich die Bewegung, die wir mit diesem unschönen Wort der „Ambulantisierung“ bezeichnen, fortsetzen wird. Und das ist etwas ganz Aufregendes. Ich habe ja die ganze Psychiatriereform noch miterlebt und auch mitgestaltet. In dieser Zeit, die das Ende der 60er, die 70er und auch den Anfang der 80er Jahre umfasst, ging es im Wesentlichen um Rhetorik. Für diejenigen, die als chronisch Kranke im Heim saßen, hat sich keiner interessiert. Erst als diese Reformeuphorie schon wieder etwas abnahm, ungefähr ab 1980, gab es diverse Ansätze, bei denen aus den Institutionen heraus ein Aufbruch geschah. Heute ist in der Breite etwas zu spüren von einem Aufbruch. Das liegt mitunter daran, dass auch die Bürger ungefähr ab 1980 angefangen haben, sich immer mehr für Menschen mit Behinderung zu engagieren. Und da gleichzeitig die Zahl der Altersverwirrten und der dementen Menschen permanent zunimmt, bin ich im hohen Maße optimistisch, dass wir alle, auch die ganz unbescholtenen Bürger, an Integrationsfähigkeit zugenommen haben und weiterhin zunehmen werden. Dies beweisen auch sämtliche Messinstrumente, die es dafür gibt.
Wenn wir Profis das abrufen, dann kann diese Entwicklung deutlich weiter gehen: Von der Institutionszentrierung zur Personenzentrierung war dabei nur der erste Schritt. Jetzt geht die Richtung nämlich von der Institutionszentrierung über die Personenzentrierung zur Sozialraumzentrierung.

Und hier ist der einzelne betroffene Behinderte endlich mal nicht mehr im Mittelpunkt. Es bekommt nämlich keinem Menschen, wenn er im Mittelpunkt steht. Jetzt fangen wir an, darüber nachzudenken, dass ja wirkliche Integration nicht durch uns Profis hergestellt werden kann. Sie kann vorbereitet werden, kann begleitet werden. Aber die Integration im Alltag leben – das können nicht wir Experten, das können nur andere Bürger. So lange ich nämlich von Profis umzingelt bin, bin ich nicht integriert. Das bin ich erst dann, wenn im möglichst großen Umfang die Beziehungen zwischen Menschen mit und ohne Behinderung oder mit psychischer und ohne psychische Erkrankung selber geregelt werden kann. Das muss nicht hundertprozentig sein, aber so weit wie es eben geht. Und das verlangt diesen Paradigmenwechsel, also diesen Wechsel der Perspektive auf den Sozialraum. Wenn ich jetzt als Profi für Frau Maier oder Herrn Müller zuständig bin, dann weiß ich, dass ich diese Zuständigkeit, diese Verantwortlichkeit nur noch richtig hinkriege, wenn ich gleichzeitig meine Verantwortung auf den ganzen Sozialraum ausdehne, auf das Stadtviertel, auf den Stadtteil, auf die Dorfgemeinschaft.
Der Experte muss lernen, dass er den größten Teil seiner Zeit nicht für den eigentlich betroffenen psychisch kranken oder behinderten Menschen verausgaben darf, sondern für die Menschen drum herum: für die Nachbarn, für die Freunde, für die Bekannten, manchmal sogar auch für die Angehörigen und für engagierbare Bürger. Diese bedürfen nämlich der Ansprache, der Begleitung. Profis müssen also so etwas wie Bürgerassistenten sein, die in den Dienst der Bürger gehen, um deren an sich vorhandene Integrationsfähigkeit wachzuküssen.

Gitta Bernshausen: Ich würde gerne das Wort meines Vorredners aufgreifen. „Bürgerprofimix“ ist so ein Thema, was wir schon seit einiger Zeit und sicherlich auch in Zukunft diskutieren werden. Für den jetzigen Zeitpunkt würde ich sagen, dass wir noch keine Assistenten innerhalb eines Sozialraumes sind. Im Moment sind wir noch Übersetzer – Übersetzer des Dialoges zwischen zwei Systemen, die über sehr viele Jahre und Jahrzehnte nebeneinander her gelebt und nebeneinander her entstanden sind. Da haben sich Sonderwelten über mehrere Jahrzehnte ohne Verknüpfung miteinander entwickelt, und die müssen erstmal miteinander sprechen, sich miteinander austauschen können. Daran arbeiten wir seit einigen Jahren. Allerdings haben wir da auch noch eine Menge Arbeit vor uns.
Wenn ich jetzt an das Jahr 2019 denke, glaube ich, dass die Herausforderung heute und auch in Zukunft die Sozialraumorientierung ist. Ich glaube, dass in zehn Jahren das Wunsch- und Wahlrecht des Klienten nicht mehr nur Postulat und nicht mehr nur Gegenstand politischer Sonntagsausreden sein wird, sondern wir dem im Jahr 2019 ein deutliches Stück näher gekommen sein werden. Wir werden uns an ausschließlich individuellen Unterstützungsbedarfen orientieren. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Trennung zwischen stationärer und ambulanter Versorgung bis dahin verschwunden sein wird. Es wird ausschließlich Unterstützungsbudgets geben, gemessen am individuellen Hilfebedarf. Ich gehe davon aus, dass wir flexible Antworten finden müssen auf neue Herausforderungen. Diese neuen Herausforderungen sehen wir heute in Teilen schon. Es werden sicherlich noch mehr dazukommen.
Weniger optimistisch vielleicht als meine Vorredner bin ich bei dem Thema bürgerschaftliches Engagement. Tatsächlich ist es sehr viel intensiver und sehr viel breiter aufgestellt als noch vor drei oder fünf Jahren. Ich glaube aber, dass wir auch in zehn Jahren noch nicht so weit sind, dass wir diesen „Bürgerprofimix“ schon erreicht haben. Ähnlich skeptisch, nicht resignativ, aber ein bisschen skeptisch, auch verbunden mit einer Menge Fragen ist für mich das Thema Bildung und Arbeit für Menschen mit Beeinträchtigungen. Ich glaube, dass das auch weiterhin schwierig sein wird – auch im Jahr 2019. Wir haben schon viel erreicht, aber ich glaube, es wird noch viel zu tun sein bis dahin.

Podiumsdiskussion

Monika Stich: *Nach diesen Statements würde ich gerne Sie, Herr Hoffmann, fragen, wie Sie die Möglichkeit einschätzen, mehr Menschen für ehrenamtliches Engagement zu begeistern – sozusagen als ersten Schritt, um den dritten Sozialraum zu eröffnen. Es gibt immer mehr Menschen, die im Ruhestand noch fit sind und das Bedürfnis haben, sich aktiv zu beteiligen. Meine Alltagsbeobachtung ist allerdings, dass das soziale Engagement da nicht so im Mittelpunkt steht. Darüber hinaus gibt es ein verändertes berufliches Engagement in den Familien. Häufig müssen beide Partner arbeiten, die Kinderbetreuung muss sichergestellt werden – eine Situation, in der wenig Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten bleibt. Welche Möglichkeit sehen Sie vor diesem Hintergrund, aktiv zu werden, um auch Unterstützung schaffen zu können?*

Friedhelm Hoffmann: Ich würde gerne zwei Dinge unterscheiden: Einmal das bürgerschaftliche Engagement, bei dem sich Bürger bereit finden, die Profis in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung zu begleiten und zu unterstützen. Hier kann ich im Kreis Olpe feststellen, dass sich insbesondere im Seniorenbereich eine eklatante Zahl von Engagierten etabliert hat. Dies ist sicherlich darauf zurückzuführen, dass die Einrichtungen den Wert dieses Engagements erkannt haben. Die Ehrenamtlichen werden sehr intensiv begleitet und gefördert. Auf diese Weise erfahren diese Bürger eine besondere Wertschätzung, was für viele ein Motor ist, um sich weiter zu engagieren.
Ebenso wichtig ist es jedoch, die Interessen, die viele Bürger mit Menschen mit Behinderung gemeinsam haben, im allgemeinen Infrastrukturbereich so miteinander zu vereinbaren, dass sich Bürger mit Menschen mit Behinderung solidarisieren. Das ist jetzt zum Beispiel in der Arbeitsgemeinschaft der Olper Senioren passiert, die sich unter anderem mit Themen wie die Barrierefreiheit und anderen Versorgungsaspekten beschäftigt. Wir haben mittlerweile gemeinsame Arbeitsgruppen, wo wir uns um die Weiterentwicklung des Gemeinwesens der Stadt Olpe kümmern. In Attendorn, einer anderen Zentralgemeinde im Kreis Olpe, ist das auch schon gelungen. Da gibt es einen Seniorenrat, der ganz selbstverständlich stimmberechtigt Vertreter der Menschen mit Behinderung etabliert hat. Durch eine finanzielle Förderung des Kreises Olpe für Selbsthilfegruppen haben wir es geschafft, in diesem kleinen Kreis Olpe mit gerade mal 140.000 Einwohnern mittlerweile 105 Selbst-

hilfegruppen der unterschiedlichsten Ausrichtungen zu verzeichnen und über verschiedene organisatorische Schritte mittlerweile bis zu einem eingetragenen Verein gefördert zu haben. Und dieser Verein ist mittlerweile aus keiner politischen Diskussion mehr wegzudenken. Vertreter dieses Vereins sitzen im Kreistag, im Sozialausschuss, im Gesundheitsausschuss. Es redet also keiner mehr ohne sie über diese Menschen.
Ich glaube, dass diese beiden Wege zusammen gehen müssen: Einerseits müssen wir sehr intensiv und wertschätzend auf die Menschen zugehen, die wir für direkte Tätigkeit im Profibereich gewinnen und rekrutieren möchten. Auf der anderen Seite habe ich die Erfahrung gemacht, dass die Betroffenen – egal, ob nun Seniorenvertreter, Menschen mit Behinderung oder auch die noch jüngeren Bürger – nicht mehr aufzuhalten sind, wenn sie die Möglichkeit sehen, etwas mit zu gestalten und die Rückmeldung auch von Politik und Verwaltung bekommen, dass ihr Engagement gewollt ist.

Monika Stich: *Herr Maas, Sie haben ja bereits mit Bürgern und Bürgerinnen gearbeitet. Warum war nach Ihrer Einschätzung diese Arbeit so erfolgreich? Und die andere Frage: Wie haben Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darauf reagiert? Waren diese bereit, sich nicht nur um die Klientinnen und Klienten, sondern auch um die Bürger kümmern?*

Theodorus Maas: Was Sie ansprechen, ist die Versammlung des Bürgervereins Alsterdorf um das Jahr 2001/2002, bei der wir den Bürgerinnen und Bürgern präsentiert haben, was wir in Alsterdorf vorhaben. Wir haben zwar auch vorher mit dem Bezirk und den Vertretern des Bezirksamtes Ideen entwickelt, Pläne und Konzepte geschmiedet, aber haben dann erst sehr spät den Schritt gemacht, den Bürgerverein und die Bürger Alsterdorfs auf das Gelände einzuladen.
Ich war damals erstaunt, wie ruhig sich die Vereinmitglieder angehört haben, wer wir sind und was wir vorhaben. Sehr gefreut hat mich dann auch, dass in der anschließenden Diskussion viele Anwesende deutlich ihre Unterstützung signalisiert haben und es nur wenig Kritik gab. Ich erinnere mich auch an das Statement eines Politikers, dass es ja nun auch höchste Zeit würde, dass die Alsterdorfer mal aus diesem Getto rauskommen.
Es ist unheimlich spannend, wie die Bürgerinnen und Bürger im Miteinander mit Menschen mit Behinderung reagieren. Ich möchte hier ein Beispiel vom Alsterdorfer Markt geben, wo ich mit meiner Familie vor noch nicht allzu langer Zeit am Sonntagmorgen gefrühstückt habe. Dort kam ein Mensch mit Behinderung ins Restaurant und hat nacheinander die Salzfässer geöffnet und geleert. In der Umgebung haben die Gäste an einigen Tischen voller Entsetzen reagiert. Auf der anderen Seite hat am Nachbartisch jemand ganz gelassen gesagt: „Das ist hier in Alsterdorf nun mal so, mit solchen Sachen muss man einfach rechnen.“ Hier zeigt sich, wie die Welten teilweise aufeinander prallen und wie die Bürger sich solchen Situationen stellen und mit bestimmten Verhaltensweisen zurecht kommen müssen.
Wir hatten ja zu Anfang in Alsterdorf auch die Sorge, dass sich die Bürgerinnen und Bürger von solchen Vorkommnissen abschrecken lassen. Das ist hier nicht der Fall gewesen. Im Grunde beobachte ich, dass die Menschen miteinander auskommen. Gleichzeitig ist die Frage schwierig, ob dieses zu mehr bürgerschaftlichem Engagement führt. Ich denke, die Bereitschaft, die die Bürger dazu verspüren, muss von uns auf jeden Fall noch begleitet und gepflegt werden. Dabei möchte ich nicht infrage stellen, dass bürgerschaftliches Engagement in Hamburg selbstverständlich ist. Schließlich ist jeder dritte erwachsene Hamburger ehrenamtlich tätig.

Podiumsdiskussion

Monika Stich: *Ich möchte diese Frage an Frau Bernshausen weitergeben. Wir Profis haben ja nun lange Jahre geglaubt, dass nur wir mit behinderten Menschen umgehen können. Heute möchten wir die Bürger mehr einbeziehen. Wie setzen Sie das um?*

Gitta Bernshausen: Wir waren früher tatsächlich relativ erfolgreich damit, Menschen, die sich ehrenamtlich betätigt haben, aus unseren Einrichtungen und Diensten zu vertreiben. In den 1980er Jahren waren wir der Meinung, dass ausschließlich wir die Experten für den angemessenen und würdevollen Umgang für Menschen mit Behinderung sind. Dabei haben wir natürlich völlig versäumt, das Umfeld mitzunehmen. Ich habe eben schon mal die Sonderwelten erwähnt. Man muss hier selbstkritisch sagen, dass wir an der Entstehung und Erhaltung dieser Sonderwelten deutlich mitgewirkt haben. Der Weg zurück ist mühsam, eine Korrektur dieses Fehlers ist jedoch unverzichtbar. Denn wir werden die Betreuung und Unterstützung für Menschen – insbesondere wenn sie in der Gemeinde leben – nicht allein über professionelle Unterstützungssysteme sicherstellen und finanzieren können.
Zudem ist es in vielen Fällen unumgänglich, die Bürger und Nachbarn mitzunehmen; und zwar dann, wenn Einrichtungen sich verlagern, wenn sie in neue Bereiche vordringen und wenn sie Menschen betreuen, die so gut wie keine Lobby haben, die vielen wenig sympathisch sind, weil sie auffällig sind in ihrem Verhalten und im Stadtbild. Hier muss man sich mit den Nachbarn auseinandersetzen. Dazu gehört es auch, von Anfang an genau zu erläutern, was man plant, um in einen offenen Dialog gehen zu können. Ich persönlich bin immer sehr dankbar für jeden Kritiker, der sich in einer solchen Bürgerversammlung meldet, sehr kritische Fragen stellt und so eine Diskussion in Gang bringt. Solche Diskussionen enden häufig sehr erfolgreich, da am Schluss beide Seiten etwas voneinander gelernt haben. Manchmal werden konkrete Schritte festgehalten, wie man weiter miteinander arbeitet, um die Probleme zu lösen. Ich bin jedes Mal dankbar für solche Chancen, und ich kann eigentlich nur jedem raten, diesen sehr offenen und auch sehr transparenten Weg zu gehen – trotz aller Kritik und allem Ärger, den man sich dort einfängt.

Monika Stich: *Hierzu hat ein Tagungsteilnehmer eine Frage.*

Tagungsgast I: *Meine Frage ist, ob an solchen Sitzungen auch behinderte Menschen teilnehmen dürfen.*

Friedhelm Hoffmann: Im Kreis Olpe ist es so, dass an den Sitzungen des Gremiums selbstverständlich Menschen mit Behinderung teilnehmen. Wir hatten unter anderem mal eine Gruppe von 40 Gehörlosen zu Gast, für die wir einen Gebärden-Dolmetscher engagiert haben. Eigentlich hatten die nur Interesse an einem Thema auf unserer Tagesordnung signalisiert. Letztendlich verharrten sie

jedoch die ganzen dreieinhalb Stunden in dieser – aus meiner Sicht – relativ langweiligen Sitzung, nur um diese einmal mitzuerleben. Wir bemühen uns aber auch, sehbehinderten Menschen die Dokumente, die sie benötigten, um am Verwaltungs-, oder am politischen Geschehen teilzuhaben, in Blindenschrift oder als Tondokument zur Verfügung zu stellen. Diesen Standard möchten wir nun neben der Kreisebene auch auf auf die örtliche Ebene in allen sieben Kommunen im Kreis Olpe ausbauen.

Tagungsgast II: *Meine Frage ist, ob in psychiatrischen Kliniken nicht auch viel stärker Personenzentrierung, Deinstitutionalisierung und Inklusion nötig wäre. Denn das, was wir den Klienten in den Einrichtungen beibringen, verlernen sie oftmals während eines Psychiatrieaufenthalts – also, selbständig zu essen, zu kochen und sich selbst zu versogen.*

Klaus Dörner: Ich denke, dass wir da auf dem richtigen Weg sind. Wir haben es geschafft, dass die akut psychiatrischen Krisen vermehrt in kleinen psychiatrischen Abteilungen behandelt werden, die an Allgemeinkrankenhäusern angeschlossen sind. Denn je kleinteiliger und normaler die psychiatrischen Akuteinrichtungen sind, desto kürzer ist der Aufenthalt.
Das wurde für mich sehr deutlich in Schleswig-Holstein, wo alle psychiatrischen Abteilungen ein eigenes regionales Budget haben. Das bedeutet, dass die Ärzte und Betreuer selber entscheiden können, ob sie ambulant oder stationär behandeln. Viele merken hier, dass der ambulante Weg sehr häufig ausreicht. So wird teilweise bereits eine häusliche Behandlung angeboten. Dahinter steht die Überzeugung, dass die Menschen auch in akuten Krisenzuständen nicht immer sofort in die Klinik kommen müssen. Stattdessen können die Betreuenden auch ein Team bilden, das dann über einige Tage – wenn nötig auch Nächte –, zu den betreffenden Menschen hinkommt. So kann diese ihre Krise dort bewältigen, wo sie ihren Alltag leben.
Es gibt noch andere Modelle, mit denen es bereits möglich wird, diese sehr künstliche, unnatürliche Situation in den Krankenhäusern wieder zu normalisieren, zu sozialisieren, zu sozialräumlichen. In dieser Richtung scheinen wir deutliche Fortschritte zu machen.

Tagungsgast III: *Was mir große Sorgen macht, ist die psychiatrische Versorgung. Wir werden in zehn Jahren einen Ärztemangel haben, den wir uns heute in dieser Form noch gar nicht so richtig ausmalen können. Wir haben jetzt schon in einigen Regionen das Problem, dass Menschen mit einer psychischen Behinderung Monate auf einen Termin beim zuständigen Psychiater oder Neurologen warten müssen. Ich frage mich daher, wie wir vor allem in ländlichen Raum eine angemessene, adäquate und vor allen Dingen schnelle Versorgung von Menschen mit einer psychischen Behinderung im ambulanten Versorgungsraum sicherstellen können.*

Klaus Dörner: Ich denke, in der Zukunft werden sich sehr viel mehr Psychologen in dem Bereich engagieren – auch in dem Versorgungsbereich über die Psychotherapie hinaus. Sie können zwar keine Medikamente verschreiben, das werden dann die Hausärzte übernehmen. Es gibt auch schon Modelle, wo ein Hausarzt und Psychologe eine Praxis betreiben.
Ich würde jetzt allerdings gerne noch mal was zu den Bürgern sagen: Wenn es um die Integration von Menschen mit Behinderung geht, sollten wir uns noch einmal klar machen, dass nur Bürger andere Bürger integrieren können. Diese Tatsache wirkt heute fast schon provokant. Denn wenn man zurückschaut, haben die Profis hundert Jahre lang versucht, die sogenannten „normalen“ Bürger, Angehörigen und Nachbarn vom Helfen zu befreien. Es

Podiumsdiskussion

wurde behauptet, dass nur Spezialisten wissen, wie man richtig mit behinderten Menschen umgeht.
Und das steckt bei uns heute tief drin. So tief, dass wir kaum mehr glauben können, dass sich Bürger von sich aus wieder für die Belange anderer Menschen interessieren. Das Meinungsforschungsinstitut Emnid macht seit drei Jahren eine Umfrage zum sozialen Engagement. Das Ergebnis ist hier, dass ein Drittel nicht interessiert ist, ein Drittel bereits engagiert ist und das letzte Drittel sagt: „Ich könnte mir schon vorstellen, mich für Menschen mit Behinderung zu engagieren. Es hat mich jedoch noch niemand gefragt."
Die Menschen, die das sagen, sind nicht die Idealisten, die immer zum Strohfeuer neigen, sondern es sind Realisten, die sagen: „Ich bin doch nicht blöd, mich von mir aus anzubieten. Wenn ich jedoch gefragt werde, merke ich, dass ich nicht mehr so ein dickes Fell habe wie früher. Ich kann nicht mehr so leicht nein sagen, wenn ich den Hilfebedarf spüre und diesbezüglich persönlich angesprochen werde."
Die Methode des Klinkenputzens lohnt sich also. Man muss auf die Leute zugehen, wenn man sich mehr Engagierte wünscht. Das habe ich selber in Gütersloh probiert, das funktioniert wirklich.
Dass nur Bürger Bürger integrieren können muss allen Spezialisten klar werden. Um dies zu erreichen, könnte man eine Hülle und Fülle von Fortbildungsaktivitäten starten, die uns mit unseren eigenen Vorurteilen konfrontieren. Wenn dies gelingt, wird bürgerschaftliches Engagement in zehn Jahren selbstverständlich sein. Es gehört dann zur Kultur eines Stadtteils, dass die Bürger sagen, dass die Menschen mit Behinderung zu ihnen gehören, weil sie dort wohnen, wo wir wohnen, in unserem Stadtteil, in unserem Sozialraum. Deshalb sind die Bürger bereit, sich für sie zu engagieren, weil dies zur Kultivierung ihres Stadtteils und ihrer Dorfgemeinschaft gehört.

Monika Stich: *Nun noch eine Frage an Sie, Herr Hoffmann: Welche Rolle spielen die Angehörigen in dem Prozess der Integration?*

Friedhelm Hoffmann: Es ist immer noch so, dass für viele Menschen bisher ausschließlich die stationäre Versorgung die Sicherheit und die Kontinuität gewährleistet, die sie glauben für ihre Angehörigen zu benötigen. Die ambulante Szene hat es also noch nicht geschafft, diese Sicherheit zu vermitteln. Ich erlebe aber auch, dass Angehörige durchaus, wenn sie informiert werden, erkennen, dass es Alternativen gibt. Daher haben wir in den nächsten Jahren noch viel zu tun, um mehr Aufklärung, mehr Informationen zu schaffen.

Monika Stich: *Frau Bernshausen, wie geht die Entwicklung mit der Integration bei den sozialen Dienstleistungen weiter?*

Gitta Bernshausen: Wir werden den beschrittenen Weg, konsequent zu dezentralisieren und konsequent ambulante Unterstützungssysteme auszubauen, weitergehen. Dabei sollten wir darauf achten, dass wir auch Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf in ambulante Strukturen begleiten. Wir müssen weiterhin Kontakt und Vernetzung in dem Sozialraum fördern und diesen ausbauen. Mir persönlich geht es um den dauerhaften und konsequenten Ausbau von Nutzer- und Klientenbeteiligung. Auch an dieser Stelle haben wir allesamt noch viel zu lernen. Dann müssen wir die Klienten und die Mitarbeiter, die Angehörigen und auch die Gesellschaft weiter überzeugen. Dabei müssen wir sie unterstützen, sie fördern, auch fordern! Wir müssen sagen, was notwendig ist, um Menschen nicht mehr in diesen Sonderwelten weiterhin und dauerhaft leben zu lassen.

Monika Stich: *Das war schon fast ein Abschlusswort. Trotzdem will ich noch eine Abschlussfrage stellen: Angenommen, Sie wären alle Qualitätsmanager und Sie würden diejenigen beurteilen, die Integration betrieben haben. Was wäre der wichtigste Parameter, an dem Sie messen würden, dass die Qualität erfüllt ist? Ich bitte um ein sehr kurzes Statement.*

Theodorus Maas: Für mich wäre eine wichtige Frage, wie die Lebensqualität der Menschen ist? Ich würde schauen, wie das Netzwerk eines solchen Menschen aussieht. Die Qualität wäre dadurch bestimmt, wer sich tatsächlich aus der Bürgergesellschaft um diesen Menschen mit Assistenzbedarf kümmert.

Friedhelm Hoffmann: Das Qualitätsmerkmal schlechthin aus meiner Sicht wäre, dass die Formulierung in der UN-Konvention Wirklichkeit geworden ist, dass niemand gezwungen wird, nur weil er behindert ist, in besonderen Wohnformen zu leben.

Klaus Dörner: Ich antworte unter dem Vorbehalt, dass ich Qualitätssicherung nicht mag, weil es ein Instrument aus der Autoindustrie ist, das dafür da ist, auch im sozialen Bereich Leistungen messbar zu machen.
Ich würde es im Sinne der Integration für das Wichtigste halten, wenn die Spezialisten den Mut haben, die Bürger für die Arbeit mit Menschen mit Behinderung zu begeistern. Hier sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, auch die finanziellen; denn ein Teil der Bürger engagiert sich wegen der guten Sache kostenlos, ein weiterer Teil der Bürger macht es, weil er merkt, dass das Engagement auch seiner geistigen Gesundheit hilft. Dann gibt es noch eine dritte Fraktion von Menschen, die für ihre Tätigkeit ein bisschen Geld bekommen müssen, auch um ihre Arbeit geschätzt zu fühlen.
Es geht darum, die Hülle und Fülle von Möglichkeiten zu erkennen, wie bürgerliches Engagement ausgeweitet werde kann und was es mit sich bringt. Hier ist viel im Umbruch, aber es ist eine unglaublich aufregende Zeit, in der ganz viel in die Gänge gekommen ist und wir glücklich sein müssen, dass wir Zeitzeugen sind.

Gitta Bernshausen: Das letzte Stichwort „in die Gänge kommen“ würde ich bei meiner Antwort gerne mit übernehmen. Qualität in einer Einrichtung wird für mich immer anhand der Lebendigkeit dieser Organisation deutlich. Lebendigkeit bedeutet für mich, ein lebendiges Lebensumfeld zu haben, in dem gleichermaßen Mitarbeiter, Klienten, Nutzer, Angehörige, oder Nachbarn mitwirken. Qualität zeigt sich für mich auch immer daran, wie durchlässig eine Institution ist. Wenn ich als Außenstehender Qualität messen würde, würde ich immer fragen: Wie viele Menschen, wie viele Ideen, wie viele Impulse kommen aus der Institution nach außen? Und ich würde in gleicher Weise fragen: Wie viele Ideen und Impulse kommen denn von außen hinein von Menschen aus dem Sozialraum, die sich einmischen, die sich einbringen, die kritisieren, die diskutieren, die diese Einrichtungen nach vorne bringen oder die Institution nach vorne bringen? Das wäre für mich Qualität.

Fachtagung im Fokus – Interviews und Reflexionen von Menschen mit Behinderung

„Zu Hause“

Abschrift einer Radiosendung von Klientinnen und Klienten des

Für das Thema „Vom Heim nach Hause“ interessierte sich auch eine Gruppe von Menschen mit geistiger und psychischer Behinderung, die sich im Rahmen eines Projektes des Diakonischen Bildungsinstitutes Johannes Falk in Eisenach mit dem Thema „Zu Hause“ beschäftigte. Ausgerüstet mit Mikrophon und Aufnahmegerät, interviewten sie einige Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Daraus ist eine Radiosendung entstanden, die am 26. und 27. September 2009 im Wartburgradio 96,5, dem Offenen Hörfunkkanal Einsenach, jeweils ab 13 Uhr gesendet wurde.

Interviewten Tagungsteilnehmende zum Thema „zu Hause“: Eine Gruppe des Diakonischen Bildungsinstitutes Johannes Falk in Eisenach. Begleitet wurden sie von ihrer Dozentin Andrea Gudernatsch (vorne links) und Medienpädagogin Franziska Klemm vom Wartburgradio (vorne rechts).

Einleitung

Wir besuchten eine Fachtagung in Olpe. Das Thema war „Vom Heim nach Hause“. Mit unserer Gruppe waren wir leider fast die einzige Teilnehmergruppe mit Menschen mit Handicap. Alle anderen waren Fachpersonen und Experten. Sie haben sich über das selbständige selbstbestimmte Wohnen und Leben für Menschen mit Assistenzbedarf ausgetauscht.

Wir haben uns dort Vorträge angehört und auch Fragen zum Thema gestellt. Wir haben auch eine Umfrage gestartet und viele Antworten bekommen. Wir führten außerdem ein Gespräch mit einer Expertin durch. Wir haben folgende Inhalte von der Tagung mitgenommen:

- ➜ Es ist wichtig, dass alle Mut zeigen und Risiken eingehen, um Menschen einzugliedern.
- ➜ Es ist wichtig, dass die Assistenten für uns Zeit haben und Geduld zeigen.
- ➜ Wir finden es ist wichtig, dass zwischen den Bürgern und uns die Berührungsängste abgebaut werden, damit ein gutes Zusammenleben funktioniert.
- ➜ Mithilfe eines Assistenten können Menschen mit Handicap aktiv am Leben und der Gesellschaft teilnehmen.
- ➜ Wir finden es wichtig, dass die Menschen, die sich aufgrund eines Handicaps nicht ausdrücken können, einen Assistenten haben, der vermittelt.
- ➜ Die Motivation durch den Assistenten ist wichtig.
- ➜ Wir können gemeinsam miteinander und voneinander lernen.
- ➜ Es muss bei der Auswahl von Personal für Menschen mit Handicap ein Mitspracherecht geben.
- ➜ Experten und Fachpersonal soll für die Verständlichkeit eine leichte Sprache nutzen.
- ➜ Für jeden Menschen ist Vertrauen wichtig.
- ➜ Immer sollte Respekt gelten, denn die Würde des Menschen ist unantastbar.

Fachtagung im Fokus – Interviews und Reflexionen von Menschen mit Behinderung

Teil I: Umfrage

Wir haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung in Olpe gefragt, wie ihr Zuhause sein muss, damit sie sich wohlfühlen Auf diese Frage haben wir unterschiedliche und informative Antwort erhalten:

» Mein Zuhause muss auf dem Land sein. Dazu muss ein schöner Garten gehören, in dem ich arbeiten kann und in dem Platz für meine Familie ist. «

» Es muss harmonisch sein, es muss mir helfen, mich von meinem Alltag zu entspannen. «

» In meinem Zuhause benötige ich eine Küche, einen Schlafraum und ein Bad mit einer Dusche. Natürlich sollte es schöne große Fenster haben, wo ich auch Blumen hinstellen kann, denn die brauche ich, um mich wohlzufühlen. «

» Mein Zuhause möchte ich mir nach meinem Geschmack einrichten, mit den Möbeln, die mir gefallen. Und wenn ich die Tür zu mache, dann will ich meine Ruhe haben. «

» Mein Zuhause muss wohnlich sein, gemütlich, möglichst in der Natur, nicht in der Großstadt und familiär. «

» Ich muss nach Hause kommen können und mein Reich haben. «

Teil II: Interview

Wir befragten die Fachleiterin des Kastanienhofes in Lennestadt-Altenhundem, Annerose Knuchel, zu den Themen Wohnen zu Hause und in Wohnheimen.

Annerose Knuchel: Als Fachleiterin des Kastanienhofes bin ich zuständig für eine Einrichtung mit 24 Menschen mit psychischer Erkrankung.

Warum ist die Selbstständigkeit der Menschen für Sie so wichtig?

Für mich ist es nicht einzusehen, warum ein Mensch, nur weil er eine Behinderung hat, nicht auch selbstständig und selbstbestimmend sein sollte. Selbstbestimmung ist ein

Grundsatz des positiven Menschenbildes – und deshalb ist es selbstverständlich, dass ein Mensch mit einer Behinderung, auch selbständig sein kann und sein sollte und sein darf.

Welche Vorteile hat Ihrer Meinung nach das selbstständige Wohnen gegenüber dem Wohnheim?

Selbstständiges Wohnen bedeutet, dass sich die Persönlichkeit eines Menschen besser entwickeln kann. Wenn man in einer Heimeinrichtung wohnt, kann es passieren, dass man sehr fremdbestimmt lebt. Wohnt man jedoch eigenständig, bestimmt man selber über seinen Tagesablauf. Dadurch bekommt die eigene Persönlichkeit mehr Raum, um sich zu entwickeln.

Gibt es ein Beispiel, was sie schon umgesetzt haben?

Ich arbeite schon seit mehr als 20 Jahren im stationären Bereich. Ich habe schon sehr viele Menschen ins ambulant betreute Wohnen begleitet. Der letzte war ein junger Mann, der ist vor zwei Jahren bei uns eingezogen ist. Er hatte eine psychische Erkrankung, war manisch depressiv und hat den Weg stationär im Heim zu wohnen ganz bewusst gewählt. Gleichzeitig hat er aber auch eine Grenze für sich gesetzt und gesagt: „Ich brauche ein Jahr, um mich zu erholen und um mir zu überlegen, was ich möchte. Nach dem Jahr möchte ich mit Eurer Unterstützung wieder selbstständig in einer eigenen Wohnung leben." Das hat er geschafft: Mittlerweile lebt er in einer eigenen Wohnung. Er hat nach wie vor zu uns Kontakt und hat mir kürzlich noch gesagt, dass die Zeit, die er bei uns verbracht hat, für ihn wichtig gewesen sei – dennoch sei das eigene Wohnen für ihn heute das „Größte".

Praktisch gibt es viele Hürden, z.B. wenige Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt, wie können die Hürden abgeschafft werden?

Es ist sehr wichtig, mit den Gemeinden gut zusammenzuarbeiten. Wir müssen in die Gremien gehen, wir müssen

uns vorstellen und die Menschen, die in den Einrichtungen oder mit der Behinderung leben, der Öffentlichkeit nah bringen. Diese Öffentlichkeitsarbeit ist wichtig, um zu erklären, warum jemand mit einer Behinderung auch selbstständig wohnen kann und soll.

Wie werden die Wünsche der Menschen mit Behinderung aufgegriffen?

Die Mitarbeitenden sind ja täglich mit den Klienten zusammen und unterhalten sich mit ihnen. Auf diese Weise erfahren sie viel über ihre Ideen und Wünsche. Teilweise werden diese auch im Alltag gemeinsam entwickelt. Wenn zum Beispiel jemand plötzlich merkt, dass er gerne besser kochen lernen würde, sagen wir: „Dann mach das doch, wir unterstützen dich".

Was passiert mit den Menschen, die sich nicht eingliedern lassen wollen oder können?

Meine Erfahrung ist, dass man sich Zeit nehmen muss, einen Menschen erst einmal kennenzulernen und seine Ängste, Wünsche und Träume zu verstehen. Wenn man die Wünsche dieses Menschen respektiert, ist es in den meisten Fällen so, dass er sich letztendlich doch eingliedert. Als Betreuungsperson muss man somit eine sehr große

Fachtagung im Fokus – Interviews und Reflexionen von Menschen mit Behinderung

Toleranz entwickeln. Wenn wir also im normalen Miteinander leben, jeden so sein lassen, wie er ist und auf das hören, was er sagt – dann haben wir eigentlich wenig Probleme damit.

Kann Heim auch Heimat sein?

Ich denke schon. Wenn man Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat, die eine Einrichtung mit sehr viel Wärme und mit sehr viel Individualität ausfüllen – dann kann ein Wohnheim auch ein Zuhause sein. Es gibt ja auch Menschen, die diese Form des Wohnens brauchen – also mit mehreren Menschen zusammenzuleben und immer einen Ansprechpartner zur Verfügung zu haben. Damit das Heim für sie zu einem Zuhause wird, muss man es so gestalten, dass sie sich wohlfühlen können. Die Bewohnerinnen und Bewohner müssen ihre eigenen Sachen und Bilder mitbringen dürfen. Wenn jemand Tiere haben möchte, muss er Tiere haben können. Es ist also auch im Heim wichtig, die Selbstbestimmung so weit wie möglich in den Vordergrund zu stellen.

Das wäre meine nächste Frage gewesen. Wie kann man das Leben im Heim lebenswert gestalten?

Man sollte das Heim nicht einrichten, ohne diejenigen, die ihre Tage darin verbringen einzubeziehen. Sie müssen bestimmen können, welche Möbel, Wandfarben und Dekorationen ausgewählt und aufgestellt werden. Auf diese Weise sieht eine Wohngruppe, in der Menschen über 60 leben anders aus, als eine WG mit Menschen von 25 Jahren. Es ist einfach wichtig, dass die Bewohnenden ihr eigenes Zimmer gestalten und ihre eigenen Möbel mitbringen dürfen. Sie sollten ihren eigenen Schlüssel haben und kommen und gehen dürfen, wann sie wollen. Dann ist das schon ziemlich eigenständig, oder?

Wie lassen sich Rückzugsmöglichkeiten im Heim gestalten?

Um die Privatsphäre zu wahren, sollte meiner Meinung nach jeder die Möglichkeit auf ein eigenes Zimmer haben. Das ist als Rückzugsmöglichkeit ganz wichtig. Und die Mitarbeitenden müssen klopfen, bevor sie es betreten. Schließlich ist derjenige, der darin wohnt, hier zu Hause.

Und jetzt noch eine persönliche Frage: Wie stellen Sie sich Ihr Zuhause vor?

Ich persönlich möchte in meinem Zuhause nicht fremdbestimmt werden. Das heißt, dass ich ins Bett gehen, aufstehen, essen und trinken kann, wie und wann ich es möchte. Das ist mir ganz persönlich wichtig. Der Ort ist dann letzten Endes zweitrangig, wenn ich mir die Leute, mit denen ich zusammenlebe, aussuchen kann. Ich möchte nicht irgendwo platziert werden, wo ich mich persönlich nicht wohl fühle.

Dann danke ich für die Antworten und wir haben wieder was daraus gelernt.

Ich hab mich sehr gefreut, gefragt worden zu sein und die Fragen beantworten zu können.

Gut, da können wir noch weiter diskutieren. Ich wohne nämlich in einer eigenen Wohnung und ich bin auch der Meinung, dass man seine Freiheiten haben muss. Und ich habe auch meinen eigenen Schlüssel. Zu mir kommen

nur mal ab und zu meine Betreuerin und meine Mutti, die mir noch bei der Wäsche hilft. Einkaufen gehe ich mit meiner Betreuerin, aber ich kann mir aussuchen, wo wir hinfahren. Und ich bin sehr selbstständig. Ich bin auch durch meine Eltern sehr selbstständig geworden und finde das auch wichtig.

Man muss natürlich auch bedenken, dass es noch andere Formen von Behinderung gibt. Es gibt auch Menschen, die nicht so wie Sie eindeutig formulieren können, was sie eigentlich möchten. Und dann ist es für uns als Mitarbeitende schwierig, herauszubekommen, was der Betreffende möchte und inwiefern wir Dinge für ihn entscheiden dürfen, ohne ihn fremd zu bestimmen.

Danke schön.

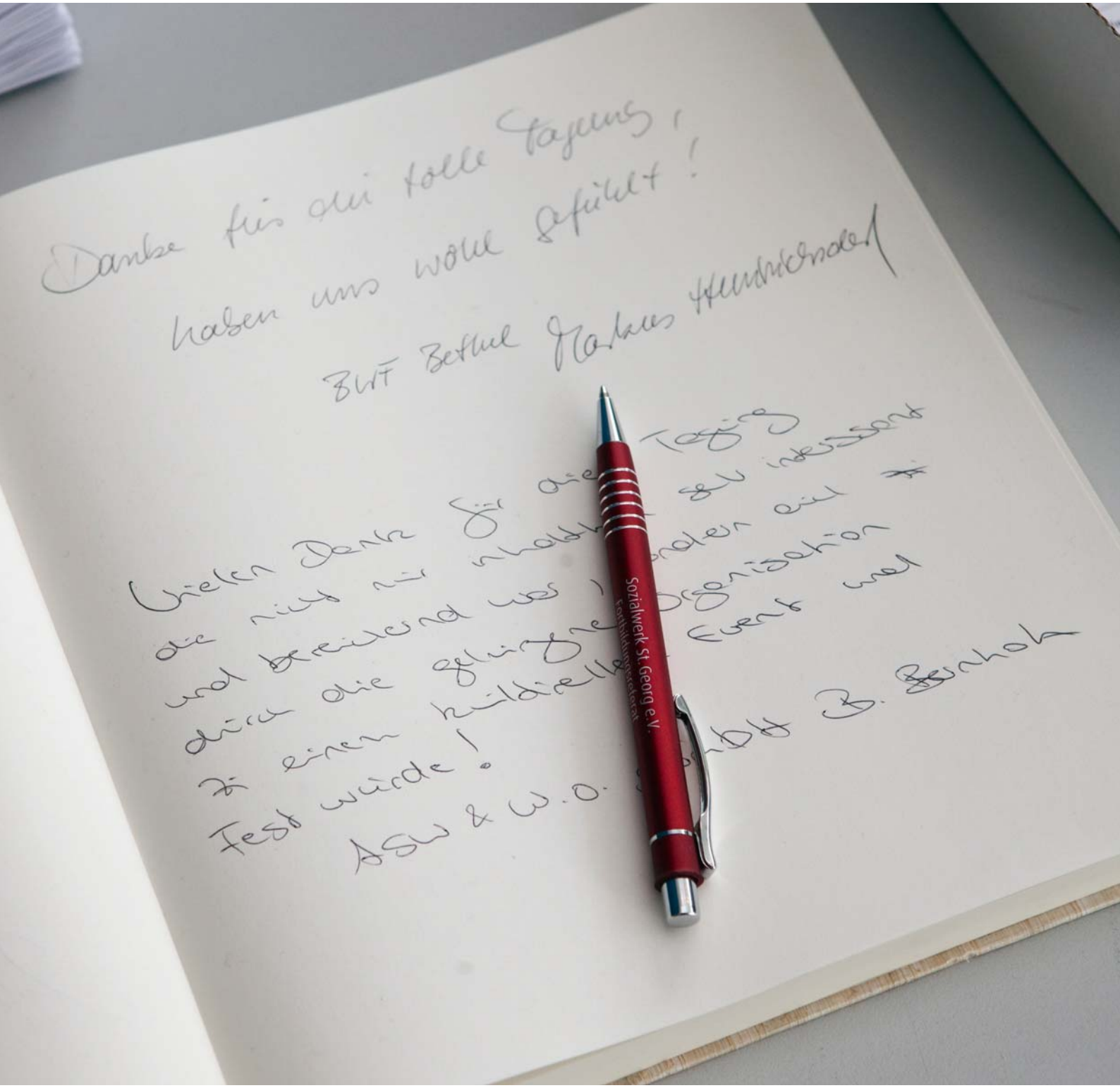
Ende

Das Projekt hat uns Spaß gemacht und wir finden es gut, wenn wir mithilfe des Radios an die Öffentlichkeit gehen können, damit uns auch die Leute hören können. Es darf nicht jeder nur sein eigenes Süppchen kochen. Uns gibt es nun mal und deswegen finde ich Öffentlichkeitsarbeit sehr wichtig, damit wir gesehen und gehört werden.

Projektteam (Moderation und inhaltliche Gestaltung)

- Thoralf Klein
- Markus Kleindt
- Yvonne Krause
- Stephan Redetzke
- Andreas Ruppe
- Jürgen Schülbe
- Torsten Welling

Sie wurden unterstützt von (Dozentin des Diakonischen Bildungsinstituts Johannes Falk) und Franziska Klemm (Medienpädagogin vom Wartburgradio 96,5).


Danke für die tolle Tagung!
haben uns wohl gefühlt!
Sozialwerk St. Georg e.V.

Impressum

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:
Sozialwerk St. Georg e. V.
Emscherstraße 62, 45891 Gelsenkirchen
Telefon: 0209 7004-0
Telefax: 0209 789801
E-Mail: info@sozialwerk-st-georg.de
Internet: www.sozialwerk-st-georg.de

Tagungsorganisation:
Fortbildungsreferat (verantw.) / Miriam Reinhardt, Birte Petersen, Petra Musberg-Scholz
außerdem Matthias Giffhorn, Leiter des Umwandlungsprojektes des Sozialwerks St. Georg e.V.

Redaktionelle Bearbeitung dieser Dokumentation:
Referat für Presse-/Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising / Regina Bruns
Herzlichen Dank an alle Referentinnen und Referenten für das Bereitstellen ihrer Beiträge!

Konzeption, Layout, DTP-Aufbau:
MK HOFFE communication partners GmbH, Schmallenberg

Druck:
GLADE-Druck, Schmallenberg; gedruckt auf Recyclingpapier „RecySatin"

© Sozialwerk St. Georg e. V., November 2009
Die Rechte der Autorinnen und Autoren bleiben vorbehalten. Alle Angaben wurden bestmöglich recherchiert, sind jedoch ohne Gewähr. Wiedergabe einzelner Inhalte nur bei korrekter Quellenangabe; Belegexemplar erbeten an das Referat für Presse-/Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising.

Hinweis:
Sofern Begriffe nur in einer bestimmten Sprachform benutzt werden (z.B. Mitarbeiter), gelten sie für beiderlei Geschlecht.

www.sozialwerk-st-georg.de

caritas

Brüsseler Kreis

CBP
Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V.

Sozialwerk St. Georg e.V.
Emscherstraße 62
45891 Gelsenkirchen
Telefon: 0209 7004-0
Telefax: 0209 7898-01
E-Mail: info@sozialwerk-st-georg.de

Sozialwerk
St.Georg e.V.